

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Feyer.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rotestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 890

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **485000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

### Wie der Arbeiter lebt.

Der Erforschung und Darstellung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird seit Jahren steigende Aufmerksamkeit geschenkt und es sind auch hier wieder die Organisationen der Arbeiter selbst, die Gewerkschaften, die die größte und wertvollste Arbeit verrichten. Diese Forscherstätigkeit ist um so notwendiger und schätzbarer, als die Lebenshaltung der Arbeiter für weite Kreise der bestehenden Klassen ein unbekanntes Gebiet ist, unbekannt, als vielleicht die Verhältnisse in Kamerun oder auf dem Nordpol. Aber wenn sie auch jeden Tag sehen und beobachten, eine eingehende Kenntnis derselben sich leicht verschaffen können, so bleiben sie dennoch auch dem tiefsten Elend gegenüber indifferent, denn das ist nur einmal das Los der Armen, das ist eine so von Gott gewollte Ordnung, wie es denn auch von jeder Arme und Reiche immer gegeben hat, sowie in alle Zukunft auch immer geben wird. Diese Elendphilosophie ist das Schlummermittel des Klassenegoismus der Besitzenden, als deren gemiegter Anwalt v. Bethmann-Hollweg sich erwies, als er, der Philosoph der „gottgewollten Abhängigkeiten“, den Arbeitern „Fleiß, Nüchternheit, Gottesfurcht und Zufriedenheit“ predigte. Daß ein „Staatsmann“ mit solchen Anschauungen kein Freund der nach Selbstbestimmung, nach Freiheit und Unabhängigkeit, nach reichem Lebensglück strebenden organisierten Arbeiter ist, liegt auf der Hand; aber ebenso die Tatsache, daß diese Philosophie und Staatsmanns-lust immer täglich Flasche machen muß.

Unsere Kenntnis der Lebenshaltung der Arbeiter ist nun auch durch die königlich preussische Fabrikinspektion etwas bereichert worden. Die Aufsichtsbeamten haben nämlich eine Umfrage darüber veranstaltet, ob die Arbeiter am Morgen mit leerem Magen zur Arbeit kommen oder ob sie etwas und eventuell was sie gefrühstückt haben. Was nun als Ergebnis dieser Enquete berichtet wird, zeigt, daß diese Seite der Ernährung der Arbeiter keineswegs befriedigend und daher sehr verbesserungsbedürftig ist.

Zunächst mußten die Beamten der Fabrikinspektion in vielen Fällen die für uns keineswegs überraschende Erfahrung machen, daß die Unternehmer sich in einer glücklichen Unwissenheit darüber befinden, wie ihre Arbeiter leben. So heißt es im Urnsberger Bericht: „Feststellungen über die Art und Weise der Verpflegung der Arbeiter sind ohne eingehende Erhebungen kaum zu machen, weil, wie sich bei gelegentlicher Beiragung zeigte, die Arbeitgeber darüber wenig Kenntnisse besitzen, die Arbeiter selbst aber über solche Angelegenheiten ungern Auskunft geben. Daher läßt sich auch die Frage, ob die Arbeiter morgens vor Beginn der Arbeit schon gefrühstückt haben, nicht einwandfrei beantworten.“

Im allgemeinen haben die Beamten den Eindruck gewonnen, wird sodann weiter ausgeführt, daß die verheirateten Arbeiter und namentlich dort, wo die Wege zur Arbeitsstätte kurz sind oder wo der Anfang der Tagesarbeitszeit verhältnismäßig spät liegt, durchweg vor Beginn der Arbeit schon ein erstes Frühstück, meistens warmen Kaffee mit Brot, eingenommen haben; unverheiratete Leute treten dagegen häufiger die Arbeit an, ohne vorher gefrühstückt zu haben; sie holen dann in der ersten Pause das am frühen Morgen veräumte Frühstück nach.

Auch der Wiesbadener Bericht konstatiert, daß es nicht leicht ist, zuverlässige Angaben zu erhalten, da die Unternehmer und Meister sich bis dahin wenig um diese Frage gekümmert haben und die Arbeiter selbst — oft wohl aus falscher Scham — mit ihren Mitteilungen zurückhalten. Soweit ermittelt wurde, pflegen die meisten Arbeiter vor Beginn der Arbeit zu Hause zu frühstücken. Aber in mehreren Fällen ergab sich, daß der größte Teil der Arbeiter eines Betriebes erst in der Vormittagspause Kaffee getrunken hat. Es handelte sich dabei um Arbeiter, die weitab wohnten und sehr früh von Hause fortgehen müssen, um rechtzeitig zur Arbeitsstätte zu kommen.

Diese besonderen Verhältnisse spielen überall in der Frage, ob der Arbeiter am Morgen „frühst“ hat oder nicht, mit. Im Düsseldorf'schen Bezirke „scheint“ nach den bei Arbeitern und Unternehmern vorgenommenen Erkundigungen der größte Teil der Arbeiter vor dem Arbeitsbeginn zu frühstücken. Es ist dies besonders bei den Textilarbeitern des Wuppertales und den Solinger Stahlarbeitern der Fall, die in der Regel erst um 7 oder 7½ Uhr morgens die Arbeit beginnen und meistens keinen längeren Weg zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben. In den Großbetrieben der Eisenindustrie, wo die Schicht in der Regel um 6 Uhr beginnt, frühstückt der größere Teil der Arbeiter aus alter Gewohnheit vor Beginn der Schicht nicht. Die Arbeiter haben angeblich in so früher Stunde hierzu noch kein Bedürfnis; zum Teil ist es ihren Frauen lästig, so früh Feuer anzumachen. Die Koffgänger — also die ledigen Arbeiter — erhalten meistens ebenfalls kein Frühstück vor dem Wege nach der Fabrik, sondern nehmen sich gemahlten Kaffee und Butterbrot mit. Auch in den Arbeiterkasernen der Stüttenwerke wird vor 6 Uhr morgens meistens kein Frühstück verabfolgt. In dem Krupp'schen Ledigenheim in Essen erhalten die etwa 1100 Bewohner kein fertiges Frühstück. Zu der hier gewählten Verpflegung gehört die Ausshändigung einer wöchentlichen Ration von gemahltem Kaffee, auch steht heißes Wasser zum Aufbrühen des Kaffees an zahlreichen Zapfstellen jederzeit zur Verfügung. Gleichwohl besteht nicht die Gewohnheit, sich den Kaffee vor der Arbeit zuzubereiten, vielmehr wird dies fast allgemein bis zu der Pause um 8 Uhr aufgeschoben und in der Fabrik vorgenommen.

Der Potsdamer Bericht stellt fest, daß in diesem Bezirke wie so ziemlich in allen Kulturländern das erste Frühstück aus

Kaffee, Milch und Brötchen besteht und in der Regel zu Hause verzehret wird. Die beste Ordnung besteht in den Haushaltungen, in denen weibliche Mitglieder mit auf den Erwerb ausgehen, da sie gezwungen sind, bald mit aufzustehen. In den Anlagen, die einen Teil ihrer Arbeiter in Kasernen beherbergen, ist überall dafür Sorge getragen, daß diese rechtzeitig vor der Arbeit ihren Kaffee erhalten.

Zahlenmäßige Angaben über das Frühstück vor Beginn der Arbeit liegen aus einer Maschinenfabrik vor, deren Arbeiter in der überwiegenden Mehrzahl außerhalb des Betriebsortes wohnen und zum Teil recht weite Wege zurückzulegen haben. Danach sollen von den 350 Arbeitern täglich 40 bis 50 ohne ein Frühstück genossen zu haben, zur Arbeit kommen, und zwar 10 bis 15 regelmäßig, die übrigen zufällig. Da diese aber sämtlich kalten Kaffee mit sich führen, so soll das Veräumte schon vor oder spätestens in der ersten Pause nachgeholt werden, zumal reichlich Gelegenheit zum Aufwärmen der Getränke vorhanden ist.

In Köln hat die Umfrage bei Arbeitern und Unternehmern ergeben, daß das erste Frühstück eingenommen wird. Damit steht aber die Tatsache in Widerspruch, daß eine große Zahl von Schulkindern nach den Feststellungen der Schulbehörden ohne warmes Frühstück zur Schule kommt, woraus man wohl folgern kann, daß auch deren Eltern am Morgen ohne warmes Frühstück bleiben, ebenso zahlreiche unverheiratete Arbeiter.

Die gleiche Feststellung macht der Danziger Berichterstatter. Namentlich die Arbeiter bleiben ohne warmes Frühstück, deren Arbeitszeit schon um 6 Uhr morgens oder noch früher beginnt. Besonderen Wert auf ein warmes Frühstück legen die Arbeiterinnen. „Der Kaffee wird meist am Abend vorher gekocht und mit zur Arbeit genommen, damit der Schlaf möglichst lange ausgedehnt werden kann.“ Hier wird noch eine andere Seite des Arbeiterlebens berührt. Die bei der langen Arbeitszeit den Arbeitern verbleibende Ruhezeit gestattet kaum den nötigen Schlaf, die notwendige Erholung und Erquickung, so daß chronische Ermüdung und Schlaflosigkeit eintritt. Da begreift sich der verzweifelte Wunsch mancher Proletarier, zu sterben, um endlich einmal ausruhen zu können!

Der Danziger Berichterstatter betont, daß Änderungen der Frühstückspause stets auf Widerstand der Arbeiterschaft stoßen, während sie mit der Verkürzung oder dem Wegfall der Nachmittags-pausen zugunsten einer längeren Mittagspause oder des früheren Arbeitschlusses am Abend in der Regel einverstanden ist.

Im Gumbinner Bericht wird mitgeteilt, daß die Arbeiter in Ziegeltefen, Sägereien und Meiereien halb aufstehen, oft schon eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn an der Arbeitsstelle sind und daher „nicht vorher gefrühstückt haben werden“. Wir erfahren auch, was Handwerksgehilfen schon wissen, daß in den handwerksmäßigen Betrieben, falls die Gehilfen beim Meister wohnen, sehr oft eine Stunde erst gearbeitet wird, bevor die Meisterin zum Frühstück ruft.

Die Verhältnisse im Sängersberger Bezirk werden so geschildert: „Durch die ärztliche Entfernung der Heimstätte von der Arbeitsstätte wird das Einnehmen eines Frühstücks vor Beginn der Arbeitszeit wesentlich mit beeinträchtigt, ebenso spielt die frühe Morgenstunde (5 oder 5½ Uhr), in der der Betrieb anfängt, namentlich in Ziegeltefen und Sägereien, eine Rolle. Nachdem die Arbeiter als Nachtlager verlassen und sich gewaschen und angekleidet haben, nehmen sie sich nicht die nötige Mühe, eine ausgiebige Nahrung zu sich zu nehmen. Sie eilen zur Arbeitsstelle und es ist wohl bei allen üblich, daß die erste Arbeitspause benützt wird, um Hunger und Durst genügend zu befriedigen.“

Im Bezirk Marienwerder erscheinen 15 bis 35 Prozent aller Arbeiter ohne Frühstück zur Arbeit.

Auf Wunsch der Arbeiter ist im Breslauer Bezirk der Arbeitsbeginn unter Wegfall der Frühstückspause von 6½ auf 7 Uhr verlegt worden.

Im Oppelner Bezirk kommen die meisten Arbeiter müchtig zur Arbeit, höchstens haben sie eine Tasse Kaffee getrunken. Recht unfreundlich urteilt dieser Berichterstatter über die Arbeiterfrauen, denen er „Gang zu einem möglichst bequemen Leben“ vorwirft.

Der Lachener Berichterstatter muß die Frage, ob die Arbeiter morgens vor Beginn der Arbeit gefrühstückt haben, verneinen. Im Lüneburger Bezirk genießen die Arbeiter vielfach am Morgen frischzubereitete Buchweizenpannenfuchen.

Meistmals wird erwähnt, daß Arbeiter am Morgen auf dem Wege zur Arbeit in Wirtschaften oder Destillationen einkehren, um dem nüchternen Magen Schnaps zuzuführen. Dazu führt natürlich der Mangel an warmem Frühstück, der wieder in dem frühen Beginn der Arbeit oder der weiten Entfernung der Wohnstätte von der Arbeitsstelle seine Ursache hat. In mehreren Bezirken wirkt die Polizei dem Schnapsgenuss am Morgen durch das Verbot des Ausschankens von Schnaps vor 8 Uhr entgegen. Der Gumbinner Aufsichtsbeamte kann aber die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Schnapsgenuss infolge der Bemühungen der Arbeiterpresse da, wo sie größeren Einfluß besitzt, wie in Remel, eine starke Einschränkung erfahren hat. Als Ersatz dienen Selterwasser, süße Limonaden und hauptsächlich ein alkoholfreies, stark gezuckertes Braundier. Im Magdeburger Bericht wird ebenfalls ein Rückgang des Schnapskonsums verzeichnet und in ihm eine recht erfreuliche, wenn auch ungewollte Wirkung der neuen Steuererhebung erblickt; aber auch der Bierkonsum ist infolge der Erhöhung der Bierpreise zurückgegangen und dafür der Verbrauch alkoholfreier Getränke gestiegen. Die Aufhebung des Bierbottichs hat dann später allerdings den Bierkonsum wieder gesteigert.

In Berlin ist Alkoholenuss vor der Arbeit an Stelle der warmen Getränke (Kaffee, Milch, Kakao, Tee) nur in vereinzelten Fällen und da bloß bei Wohnheimströmern, wahrgenommen worden.

Große Bedeutung mißt die Berliner Fabrikinspektion mit Recht dem Beginn der Arbeitszeit zu und sie findet, daß in

dieser Beziehung die dortigen Verhältnisse günstig sind. Die Mehrzahl der Fabriken beginnt mit der Arbeit erst um 7 Uhr, bei vorwiegend weiblichen Arbeitern sogar erst um 8 Uhr morgens, während um 6 Uhr nur in wenigen Fabriken angefangen wird.

Im ganzen betrachtet, sind die Verhältnisse über die Einnahme eines warmen Frühstücks vor Beginn der Arbeit für die Arbeiter sehr verbesserungsbedürftig und es zeigt sich da abermals, daß die Unternehmung der sozialen Verhältnisse immer Mißstände aufdeckt. Und weil das die Gegner wissen, sind sie auch stets und überall Feinde solcher Unternehmungen. „Wacht sie nicht!“ ist ihre verzweifelte Parole, rührt und rüttelt nicht an den Verhältnissen in der „besten der Welten“. Denn wo ihr hineingreift, stoßt ihr auf faule Zustände. Und darum auch höhnte ingrimmig die Deutsche Arbeiter-Zeitung: „Und wach ein Lärm in gewissen Zeitungen über die Frühstückfrage, die man am liebsten, um das soziale Gewissen zu beruhigen, dadurch lösen möchte, daß jede Arbeiterfamilie von Amtswegen und auf Staatskosten ihr warmes Dejeuner erhält!“

Der berühmte Gesichts- und Liebermensch-Philosoph K u h hat sein reiches warmes Frühstück vor der Arbeit und das genügt; alles andere ist vom Uebel. Der Arbeiterpöbel soll froh sein, daß er arbeiten kann und er soll nicht erst lange über warmes Frühstück ipintifizieren.

Diese K u h'sche Philosophie ist glücklicherweise zur Unfruchtbarkeit verurteilt, denn die Menschlichkeit behält den Sieg trotz alledem, wie Freiligrath, der siegesfrohe Sängler der Freiheit, prophezeit.

### Durchschnittslöhne in der Pforzheimer Edelmetallindustrie.

Die Bewegung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie hat Anlaß zu einer Reihe von Presseäußerungen gegeben, durch die zum Teil versucht worden ist, der Öffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, daß die Lohnverhältnisse der Pforzheimer Goldarbeiter geradezu glänzende seien, um damit zu zeigen, wie ungerecht das Bestreben der Regelung der Nordverhältnisse der in der Kettenindustrie beschäftigten Arbeiterklasse sei.

Der Umstand, daß sogar der württembergische Minister des Innern bei den Staatsberatungen im Landtag die Behauptungen über die „glänzenden“ Wohnverhältnisse der Pforzheimer Goldarbeiter aufgriff und daß auch weiter damit operiert wird, lassen es doch geraten erscheinen, einmal in der Öffentlichkeit nachzuweisen, wie wenig berechtigt derartige Behauptungen sind, da das für diese Zwecke als Unterlage benützte Material höchst aufschreiend ist.

Die Quelle, aus der zurzeit geschöpft wird, um gegen die Arbeiter Stimmung zu machen, ist die statistische Bearbeitung der Lohnlisten der Sektion III der Süddeutschen Edel- und Uebelmetallberufsgenossenschaft, die ihren Sitz in Pforzheim hat. Bearbeitet und veröffentlicht hat diese Arbeit der Handelskammerdirektor der Pforzheimer Handelskammer, der nebenbei Geschäftsführer der genannten Berufsgenossenschaft, des Arbeitgeberverbandes für Pforzheim und Umgebung und des Zentralverbandes der Edelmetallindustriellen Deutschlands ist.

Der durch diese statistische Arbeit ermittelte durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst beträgt für:

	Arbeiter männl. Lehrlinge		Arbeiterinnen weibl. Lehrlinge	
	M.	M.	M.	M.
Kleinbetriebe	4,41	1,15	2,52	0,98
Mittelbetriebe	4,60	1,13	2,67	0,98
Großbetriebe	4,86	1,17	2,72	1,01
Im Durchschnitt	4,75	1,15	2,70	1,00

Es muß nun zunächst festgehalten werden, daß es sich bei der Arbeiterkraft der Edelmetallindustrie nicht etwa um in der Hauptsache ungelernete oder angelehrte Arbeitskräfte handelt, sondern die Übergröße Mehrzahl der männlichen Personen haben eine vier- bis fünfjährige, die weiblichen Personen eine zwei- und dreijährige Lehrzeit durchzumachen. Man hat es also hier mit einem der qualifiziertesten Berufe der Metallindustrie zu tun, so daß, ganz abgesehen von dem heutigen Stande der Lebensmittel- und Wohnungspreise, diese Durchschnittslöhne auch dann nicht als überspannt angesehen werden könnten, wenn sie tatsächlich verdient worden wären. Aber die in der erwähnten Broschüre gemachten Angaben, vor allem über die Art und der Zeitpunkt der Erhebungen, sind recht ansehbar, so daß die gewonnenen Durchschnittszahlen keineswegs die normalen Verhältnisse wiedergeben. In den Lohnlisten der Sektion III der Süddeutschen Edel- und Uebelmetallberufsgenossenschaft werden von den Unternehmern die in ihren Betrieben während eines Jahres nach- und nebeneinander beschäftigten Personen namentlich aufgeführt, ferner die Zahl der von jeder Person geleisteten Arbeitsstage und der Totalverdienst für die ganze Dauer des Arbeitsverhältnisses.

Bei dem großen Wechsel, der jahraus, jahrein in der Pforzheimer Industrie herrscht, ist es selbstverständlich, daß Doppelzählungen recht häufig vorkommen, da viele Personen einmal und mehreremal innerhalb eines Jahres in einem Betrieb und oftmals in verschiedenen Betrieben hintereinander arbeiten. Das Resultat der Zusammenstellung dieser Lohnlisten vom Jahre 1906 ergibt folgendes Bild:

	Beschäftigte Personen	Dollarbeiter	Arbeitsstage	Arbeitsverdienst
Arbeiter	18088	10010	3002968	14262165
Arbeiterinnen	9886	5369	1610567	4947772
Männl. Lehrlinge	2773	2361	705406	910800
Weibl. Lehrlinge	1507	1186	356832	854462
Zusammen	32214	18916	5674763	19764699

Mit den tatsächlichen Verhältnissen dürften die durch die Lohnlisten festgestellten Lohnsummen übereinstimmen. Um so mehr aber



„Die christlichen Gewerkschaften haben in der Regel gegen die katholischen Fachabteilungen nur dann scharf angefaßt, wenn diese eine größere Verdächtigung gegen sie unternehmen hatten. Sondern die ehemaligen Verdächtigungen auf, als seien die christlichen Gewerkschaften eine „Los von Rom-Bewegung“, eine „modernistische Richtung“, eine „Bewegung, die der kirchlichen Gesinnung Abbruch tue“ etc., dann fehlt den christlichen Gewerkschaften jedwede Veranlassung, den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen in der bisherigen Weise weiterzuführen.“

Diese harmlosen Jünglinge! Also weil die Katholiken die „Christlichen“ eine „Los von Rom-Bewegung“ genannt haben, deshalb ist der zehnjährige Krieg entbrannt, deshalb hat man sich Räuber und Mörder geschimpft, deshalb hat man sich Vernichtung und Verderben geschworen! Und wenn jetzt die unartigen Wuben auf der kognitionalen Seite die „Christlichen“ nicht mehr eine „Los von Rom-Bewegung“ nennen, dann sagen die „Christlichen“ zu jenen auch nicht mehr „Streifbrevier“ und „Hundsstiller“, dann ist alles wieder gut und der Friede ist da in der gesamten katholischen Christenheit!

Der Umschwung in der Gesinnung der „Christlichen“ hat also mit dem Eingreifen von Papst und Bischöfen nicht das mindeste zu tun — so lehrt uns das Organ vom „Christlichen“ Klub der Harmlosen. Und wenn die Bischöfe auf ihrer Konferenz in Fulda den beiden Richtungen gemeinsame Satzungen auferlegt haben, auf Grund deren sie zum wahren Nutzen der Unternehmer und der Arbeiter, zur Förderung der Religion und des Staatswohles wirken sollen, so wäre es vermessend, anzunehmen, daß davon die grundsätzliche und tatsächliche Haltung der „Christlichen“ Gewerkschaften irgendwie berührt würde. Das „Christliche“ Zentralblatt hütet sich zwar, diese gemeinsamen Satzungen bekanntzugeben, es hat so viel Vertrauen zu uns, daß wir ihm unbedenken glauben sollen, wenn es „seiner“ daß keine Vorschriften aufgestellt sind, die für die „Christlichen“ Gewerkschaften „eine Aenderung ihrer Grundsätze oder ihrer sonstigen organisatorischen und gewerkschaftlichen Praxis zur Folge haben könnten oder werden.“

Damit hat die Harmlosigkeit den Gipfel erreicht. Höher hinauf geht's nimmer. Die katholischen Fachabteilungen stehen bezüglich der Arbeiterfrage in ihrem Verhältnis zu Staat, Gesellschaft, Moral und Religion auf einem dem „Christlichen“ Gewerkschaften durchaus entgegengesetzten Standpunkt; der Episkopat erläßt für beide Richtungen „gemeinsame Satzungen“ — und da mutet uns die „Christliche“ Harmlosigkeit den Glauben zu, daß diese „gemeinsamen Satzungen“ die grundsätzliche und tatsächliche Auffassung der „Christlichen“ Gewerkschaften völlig unberührt gelassen hätten!

Der Grund eines solchen Verstandes ist leicht zu durchschauen. Es soll der Umstoß der Jülicher Rebellien vor dem Wachtort aus Rom und Fulda bemerkt und dem Mißtrauen der evangelischen Mitglieder der „Christlichen“ Gewerkschaften, die das Hineinregieren von Papst und Bischöfen mit dem Austritt beantwortet würden, vorgebeugt werden. Die Verdrängung des Organs des „Christlichen“ Klubs der Harmlosen werden nur bei denen wirken, die sehr einfältigen Gelfes sind. —

### Von den „Einzig Neutralen“!

Die Strich-Dunderschen „einzig wirklich neutralen“ Mannern schlagen sich mehr schlecht als recht durch die böse Welt, so weit es eben durch die mächtig ausbreitende sozialdemokratische Bewegung noch möglich ist. Mit der Zeit bekommen es die alt und grau gewordenen Strategen mit der Notwendigkeit zu tun. Und nun erheben die Strich-Dunderschen ein mörderlich Geschrei über die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung, deren „Terrorismus“ an den Beklemmungen der „Neutralen“ schuld sein soll. Da ist es gut, ab und zu den Strich-Dunderschen unter die Nase zu reiben, was die Leute aus ihrem eigenen Lager über die jämmerliche Konstitution der Strichen und über ihre Ursachen zu sagen haben.

Die Süddeutsche Arbeiter-Zeitung, das Organ der dortigen evangelischen Arbeitervereine, schrieb jüngst nach dem zentrumschristlichen Zentralblatt über die Strich-Dunderschen:

„Während „Freie“ und „Christliche“ neue Scharen sammelten, in entlegene Dörfer wie in große Industriestädte gingen und in ungemessener Heißer Werbearbeit Hunderttausende in ihre Reihen drängten, währenddem haben die Strich-Dunderschen die Gewerkschaften nur zu sehr den Eindruck eines Mannes gemacht, der behaglich bei seinem vollen Geldbeutel sitzt in warmer Stube, mit vergnügten Neugierden herumschaut und sich selbstzufrieden sagt: Ich hab' mein Geschäft im Trocknen, laßt ihr da draußen, so viel ihr wollt. Und dieser jatte Rentiersgeist ist es gewesen, der die Strich-Dunderschen nicht wachsen ließ, man war in seine vollen Kassen zu sehr verliebt, als daß man hätte frisch und frohlich werden können.“

Mit dem „vollen Geldbeutel“ und dem „Rentiersgeist“ der Strich-Dunderschen ist es allerdings auch eine saule Sache. Doch den evangelischen Arbeitervereinen mögen die Strich-Dunderschen Gebüde immerhin als wohlhabend erscheinen.

In Rheinland und Westfalen haben die Strich-Dunderschen in einer langen Reihe von Jahren unter der lebhaften Aufsicht dieser „Größen“ die verschiedensten Anstrengungen gemacht, aus ihrem kleinen Kreise herauszukommen. Und auch da die gleiche Kritik aus den eigenen Reihen. In der Düsseldorf Westdeutschen Post steht ein Paul Müller an dem „tatsächlichen Schachzug“ der Strich-Dunderschen, „aus der Not eine Tugend zu machen“. Bei der Würdigung des Strich-Dunderschen „Erfolges“ bei einer Gewerbegerichtswohl war herausgefunden worden, daß die Kandidaten, die die Kandidaten der Strich-Dunderschen bekommen hatten, auch alles edle Strichenmaterial wäre, während dies die Gegner von sich nicht sagen könnten. Der Strich-Dundersche Kritiker nimmt diese Abakulerei zum Anlaß, auf die berührten Dinge etwas näher einzugehen, „weil dieselbe Erscheinung bei allen Wahlen hervortritt“. Es tritt bei den Wahlen sogar noch weiter hervor, daß sogar die paar Strich-Dunderschen Mitglieder nicht einmal alle die eigenen Kandidaten wählen! Der Kritiker in der Westdeutschen Post stellt die geistigsten als Vorzug herausgerückten Tatsachen als „offenbare Mängel“ hin, wie es ja richtig ist, und meint dann:

„Wie werden aber die meisten unserer Wahlen gemacht? Mit der Redensart der Neutralität! Daß die andern nicht neutral sind, ist aber die wahre Neutralität in der Sache haben. Dagegen, daß das gelegentlich gesagt würde, soll nicht einmal viel eingewendet werden. Aber daß man sich in der Regel bloß in diesen Nebel hüllt und anscheinend nicht mehr zu produzieren weiß, dagegen werden wir uns. Wer so Wahlarbeit betreibt, geht von vornherein darauf aus, nur die Mitglieder an die Wahlurne zu bringen. Jeder Mensch, der diese Redensarten hört, denkt, die Herren haben die Mitglieder verlistet verloren und wollen bei der Wahl einmal zählen, wieviel Leute sie noch haben.“

Das ist schon mehr Galgenhumor! Es ist natürlich nicht zu erwarten, daß die Strich-Dunderschen die Schuld ihrer Mißerfolge nur allgemein in ihrer gloriosen Art, die Arbeiterinteressen zu vertreten, sehen werden. Bei besserer Einsicht würden die Leute das erkennen, daß ihr Nebenhertröten gar keinen Zweck im Arbeiterinteresse hat, durch die Zersplitterung der Kräfte aber schädlich wirkt. Statt dessen wird das dumme Verstecken des „Terrorismus“ gerade in einer Zeit besonders verstärkt angestimmt, wo die Unternehmerschärfer mit Macht und Verlogenheit nach neuen Ausnahmestellen gegen die Arbeiterbewegung streifen!

Wie die „Christlichen“ flüchten sich auch die Strich-Dunderschen bei ihrer ferneren unfruchtbareren Werbearbeit unter die schützenden Fittiche des Unternehmertums. Wer an der Atemnot der Strichen schuld ist, das sagen uns, wie vorstehende Witzen zeigen, die Strich-Dunderschen selbst.

### Die beabsichtigte scharfmacherfromme Heimarbeitausstellung.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung, die vom Mai bis zum Oktober in Dresden stattfinden wird, soll aus folgenden fünf Abteilungen bestehen: Die wissenschaftliche Abteilung, die historische Abteilung, die populäre Abteilung, die Sportabteilung und, in alle Abteilungen eingreifend, die Industrie. Sowohl das Direktorium der Ausstellung als auch der Vorsitzende der Gruppe V3 der wissenschaftlichen Abteilung, Geheimrat Regierungsrat Dr. Wugdorff (Berlin), hatten die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands ersucht, sich durch Ueberlassung von Ausstellungsgegenständen an der Ausstellung zu beteiligen. Besonderer Wert würde — wie es in dem Einladungsschreiben heißt — unter anderem auf Vorführungen aus dem Gebiete der Heimindustrie gelegt werden. Ferner wurde gewünscht, es möchte „an einem möglichst reichen Anschauungsmaterial gezeigt werden: 1. Welche gesundheitslichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedenen Betrieben ausgeht sind. 2. Welche hygienischen Einrichtungen getroffen werden können, um diesen Schädlichkeiten zu begegnen. Um Interesse und Verständnis für gewerbehygienische Fragen anzubahnen, sollen auch Gegenstände zur Vorführung gebracht werden, die die verschiedenen Techniken und das Milieu, in dem gearbeitet wird, veranschaulichen, wie zum Beispiel Photographien, Modelle und sonstige Darstellungen von Fabrikräumen, Werkstätten, Arbeitsplatz, Apparaten und Maschinen, Arbeiter in ihrer Beschäftigung etc.“

Die von der General-Kommission um Entscheidung über die Beteiligung angegangenen Gewerkschaftsvorstände erklärten sich für die Befehdung, obgleich von vornherein nicht zu verkennen war, daß dadurch den Gewerkschaften eine große Arbeit und große Kosten

gewonnen, die ihn direkt in die von Dampflokmaschinen gezogenen Sandförderwaggons fällen. Die Züge entladen sich selbsttätig, der Sand wird durch Wasserstrahlen von der Entladebrücke losgelöst und durch Rinnen zu einem Spülbehälter geführt, von dem durch Rohrleitungen die Verteilung zu den Verwendungsstellen vorgenommen wird. Die Gewinnungslosten für den Sand sind bei diesem Verfahren nicht unbeträchtlich. Auch hier sucht man durch Maschinenbetrieb nach Möglichkeit Ersparnisse zu machen. Von den Waggons entfallen zum Beispiel die Hälfte auf die Gleisrücklosten, die 30 Arbeiter mit ihrem Vordarbeiter verursachen. Es sind dies die Arbeiten, die durch den stetigen Abbau und das dadurch bedingte Weiterverlegen der Gleise verursacht werden. Man hat daher eine maschinell betriebene Gleisrückmaschine, die ohne Sandlanger arbeitet, ausgestattet, mit dem Erfolg, daß die Gesamtkosten von 23 500 M auf 4950 M fielen.

Ein Witz über die Verwendung von Maschinenbetrieb im Untertagebau in Deutschland geben die Resultate einer Umfrage, die Kammorer bei 33 Bergwerksverwaltungen gehalten hat. Der Spülverfah hat in den letzten acht Jahren besonders in Oberschlesien rasch zugenommen und den Sandverfah bereits um mehr als das Doppelte übertraffen. Ebenso zeigt sich eine starke Zunahme der Vordmaschinen, während sich die Entwicklung der Spülmaschine noch in ihren Anfängen befindet. Die Förderzahl, die auf eine Million Tonnen geförderter Kohle entfällt, nimmt mit der Zunahme der Maschinenarbeit ab, ebenso bei Einführung von elektrischen oder Benzol-Lokomotiven die Anzahl der Schlepfer.

Man kann wohl behaupten, daß durch die Einführung der Maschinenarbeit die Gefahren für die Bergarbeiter selbst, wenigstens zum Teil und in mancher Beziehung verringert werden, und es ist dies nur mit Freuden zu begrüßen, da gerade der Bergarbeiterstand unter dem hohen Gefahrentisiko leidet. Allerdings darf nicht verkannnt werden, daß die intensive Maschinenarbeit unter Umständen eine neue Gefahrenquelle schafft. —

Auch die Metallarbeiter sind von Gefahren in ihrem Berufe und von Berufskrankheiten oft bedroht. Zu diesen Berufskrankheiten gehört unter anderem auch die Salpetersäureerkrankung. Die Salpetersäureerkrankung tritt bei den Arbeitern auf, die in den Metallbetrieuren beim Weizen und Blankbrennen beschäftigt sind. Das Betzen besteht bekanntlich darin, daß die Formteile aus Kupfer, Messing, Bronze, zwischen den einzelnen mechanischen Bearbeitungsorganen, oder nach Beendigung der mechanischen Bearbeitung, einer chemischen Behandlung mit einer Weizflüssigkeit, sei es zum Reinigen ihrer Oberfläche, sei es zum Erzeugen von Hochglanz, unterzogen werden. Als Weizflüssigkeit wird Salpetersäure verwendet. Bei dem Trospen entstehen Abgase, die

entstehen würden. So entstand nunmehr der Plan, eine besondere Heimarbeitausstellung zu veranstalten. Diese Ausstellung wurde in der ersten Hälfte des Oktober vorigen Jahres dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung bei einer Audienz in Berlin zur Kenntnis gebracht. Am 15. Oktober teilte dieser der General-Kommission mit, daß eine solche Heimarbeitausstellung als Sonderausstellung der General-Kommission aufgesetzt werden und daß dementsprechend die General-Kommission die gesamten Kosten für diese Ausstellung selbst übernehmen und Platzmiete zahlen müßte. Dagegen erklärte die General-Kommission sich bereit. Am 14. November fanden dann weitere Verhandlungen statt, wobei der Vorsitzende des Direktoriums, Kommerzienrat Lingner (Dresden), das größte Erdgegenkommen zeigte. Im Gegenseite dazu hatte ein bei den Verhandlungen anwesender Beheimat von der sächsischen Regierung Bedenken. Er verlangte, daß die Ausstellung gemeinsam mit den Unternehmern arrangiert werde, weil sonst zu befürchten sei, daß sie „tendenziös ausfallen“ würde. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften sich verpflichten, auch die „Nichtseiten“ der Heimarbeit zur Darstellung zu bringen. Auf ein solches Verlangen konnten die Vertreter der General-Kommission selbstverständlich nicht eingehen. Sie erklärten, daß es den Unternehmern überlassen bleiben müsse, etwaige Nichtseiten der Heimarbeit ausfindig zu machen und zur Darstellung zu bringen. Auch das Direktorium war nicht eines Sinnes mit dem Regierungsbekanntem. Besonders erklärte Herr Kommerzienrat Lingner, die Befürchtungen, daß die Ausstellung tendenziös gestaltet werden könne, seien ungerechtfertigt. Man müsse den Gewerkschaften überlassen, die Ausstellung so zu gestalten, wie sie es für richtig hielten. Können Ueberlieferungen vor, so würde das nur den Eindruck der Ausstellung abschwächen, denn solche Dinge korrigieren sich selbst.

Darauf begannen die beteiligten Gewerkschaften mit umfangreichen Vorbereitungen für die Ausstellung, die ihnen viele Arbeit und Kosten verursachten. Einige Zeit später erschienen in sächsischen Zeitungen Berichte über Tagungen der sächsischen Gewerbe- und Handelskammern, sowie anderer Unternehmerorganisationen, aus denen hervorging, daß das sächsische Ministerium des Innern die Unternehmern gegen die gewerkschaftliche Heimarbeit ausstellung mobil gemacht hatte. Unter anderem richtete der Verband sächsischer Industrieller (von dessen Treiberen wie schon in Nr. 2, Seite 15, berichtet) eine Eingabe an das Ministerium des Innern, worin es heißt:

„Es kann aber nach der Meinung des Verbandes keinem Zweifel unterliegen, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften um eine objektive Darstellung der Verhältnisse gar nicht zu tun ist. Würde das der Fall, dann würden die Gewerkschaften der Einladung gefolgt sein, die Ausstellung mit den Arbeitgebern und mit unbedeutenden Dritten gemeinsam zu veranstalten. Die scharfe Ablehnung dieser geforderten Parteilichkeit spricht aber dafür, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften nur auf eine tendenziöse Ausstellung ankommt. Die freien Gewerkschaften verfolgen überhaupt ausgesprochenemassen die Tendenz, die Heimarbeit zu bekämpfen, weil sie in ihr ein Hemmnis der sozialdemokratischen Organisation erblicken. In dem letzten Jahrgang des Korrespondenzblattes der freien Gewerkschaften findet sich keine einzige Angabe über eine Organisation der Heimarbeiter oder Heimarbeiterinnen in sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es fehlt daher den Gewerkschaften jede Legitimation, etwa auf Grund genauer Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse über das Problem der Heimarbeit sprechen und die Öffentlichkeit beeinflussen zu können. Bekanntlich hat der Führer der freien Gewerkschaften freizeitlich auf einem sozialdemokratischen Kongreß offen ausgesprochen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbereine eins wären. Da nun noch im Jahre 1908 der sozialdemokratische Abgeordnete Rollenbuhr in der Gewerbeordnungskommission offen ausgesprochen, daß die Heimarbeit vernichtet werden müsse, und da die freien Gewerkschaften sich diesen Standpunkt teilen, so darf man wohl aussprechen, daß eine Organisation, die prinzipiell auf dem Boden steht, daß die Heimarbeit vernichtet werden soll, nicht als objektive Institution gelten kann, um die Licht- und Schattenseiten der Heimarbeit darzustellen. Der Verband ist vielmehr sehr davon überzeugt, daß es die Pflicht der Gewerkschaften ist, durch eine beruhigte Gläubigmalerie Abgesehen von der Heimarbeit zu erörtern und die geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen dadurch zu beeinflussen. Eine derartige tendenziöse Ausstellung, die keine Gewähr dafür gibt, daß wirklich die Normalverhältnisse und die Normalverhältnisse der Heimarbeit zur Darstellung kommen, kann aber nicht dazu dienen, der Lösung des Problems der Heimarbeit näherzukommen. Wohl aber kann eine solche Ausstellung, wenn sie ebenso tendenziös sein würde, wie sie jetzt die Heimarbeit ausstellung in Berlin, dazu dienen, die sächsischen Gewerkschaften in Auslande zu stärken dadurch, daß durch ergriffene Einzelfälle — bei der Berliner Heimarbeit ausstellung wurde in demagogischer Weise mit dem Wochenspenden einer 83jährigen Frau operiert — der Eindruck außerordentlich niedriger Normalverhältnisse in Deutschland erweckt und damit den Sozialdemokraten fremder Länder Agitationsmaterial geliefert wird.“

Der Verband sächsischer Industrieller erklärt daher, daß er sich mit der Errichtung einer Heimarbeit ausstellung auf dem Gelände der Hygieneausstellung nur einverstanden erklären könne, wenn die Gewerkschaften ihrerseits dem Vorschlage zustimmen, daß eine Aufnahmehur gebildet wird, die aus einer gleichen Zahl von Arbeitern

in der Regel eingeatmet werden und zu der gefährlichen Salpetersäureerkrankung Anlaß geben. Die Symptome der Salpetersäureerkrankung bestehen in der Regel in einer Entzündung der Luftwege, Zerfällung der Zähne, einer gelben Gesichtsfarbe etc.

Die Weizanlage in ihrer einfachsten Form besteht aus einem säurefesten Weizbehälter, in den ein Steingewölbe, der mit dem zu beizenden Material gefüllt ist, getaucht wird und einem Kaltwassergefäß, das zum Abfüllen dient. Eine derartige Anlage bietet, wie erwähnt, die größten Gefahren für den Arbeiter. Es können sich die Schwaben der Abgase frei entwickeln und die Spritzer der Säure beim Ein- und Ausgehen des Kopfes unvermeidlich.

Im Arbeiter Oberpreze der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft ist seit einigen Jahren nach einer Beschreibung von Adler in der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure eine Metallbeizerei im Betrieb, die vom Standpunkt des Arbeiters aus sehr viel Vorteile bietet. Die Anlage ist nämlich so durchgeführt, daß der Arbeiter vor jeder Benutzung durch die Weizflüssigkeit und vor jeder Berührung mit den Abgase geschützt ist. Der nahegelegene Gedanke war nun der, einen automatischen Betrieb zu schaffen, doch ist dies mit Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der zu behandelnden Teile nicht möglich. Man hat daher den Ausweg gefunden, die gesandte Gasentwicklung in einem von einer Aluminiumhaube umschlossenen Raum sich abspielen zu lassen. Das Säuregefäß und das Kaltwassergefäß sind von einer gemeinsamen Aluminiumhaube abgedeckt. Die Weizlöse, die aus Aluminium bestehen und mit dem zu beizenden Material gefüllt sind, werden durch eine Winde und Laufrolle über diese Aluminiumhaube gefahren. Der Deckel der Aluminiumhaube kann durch einen Ritzhebel geöffnet werden, so daß der Kopf in das Säuregefäß und dann in das Kaltwassergefäß gebracht werden kann, während die Öffnung des Deckels sich durch eine Gewichtbelastung wieder selbsttätig geschlossen hat. Die sich entwickelnden Gase werden durch eine Leitung und einen inneren Erbauflor abgefangen und in einen Steraplatienraum gedrückt. Die Abfangung geschieht berart gründlich, daß zu keiner Zeit Gase in den freien Raum austreten können. Der Arbeiter kommt mit den Abgase also auf keinen Fall in Berührung. Um auch eine Benutzung des Arbeiters mit der Säureflüssigkeit oder mit dem Spülwasser, das auch Säurehaltig ist, zu vermeiden, ist die eigentliche Säureanlage von dem Raum, von dem aus der Frau bedient wird, durch eine Aluminiumwand abgetrennt. Der Arbeiter steht hinter dieser Wand und bedient von da aus durch Hebel die Winde und die Deckel der Gefäße und kann die Vorgänge innerhalb der Weizanlage durch eingelegte Fenstersehen beobachten. —

merle Gebüde, Brücken etc. stehen, wenn man also das Land nicht eintreten lassen kann, Kohlenfelder zwischen den einzelnen Gohlräumen in der Grube stehen bleiben. Durch diese Pfeiler, die ein Einklinken der Erdbede verhindern, geht ein beträchtlicher Teil der Kohle verloren. Bei einem Bergwerk in Oberschlesien hat es sich gezeigt, daß in den Pfeilern fast ein Drittel des gesamten Kohlenvorrates steckt, was einem volkswirtschaftlichen Wert von 700 Millionen Mark entspricht. Man war daher schon lange bestrebt, die Anlagen so auszuführen, daß man auch diese Pfeiler abbauen kann. Das Naheliegendste war, die Gohlräume irgendwie auszufüllen, und das geschah im sogenannten Bergedersaß, bei dem von Sand Gesteinsbrocken in die Gohlräume eingefüllt werden. Dieser Verge verfäh ist aber teuer und unvollkommen, da nur 40 bis 60 Prozent der Gohlräume ausgefüllt werden. Welt billiger und besser ist der maschinelle durchgeführte Spülverfah, der, durch einen Zufall in Amerika entdeckt, die Gohlräume fast vollständig ausfüllen läßt.

Das Wesen des Spülverfahs besteht darin, daß die einzuspülenden Füllstoffe, Sand und Schlacken, auf irgend eine Weise mit Wasser gemengt und durch Rohrleitungen in die Grube geführt werden. Der auszufüllende Raum wird durch Holzverwallung oder Erdbämmung abgedämmt und mit dem Spülbrei aus der Rohrleitung gefüllt. Die Abdämmung wird undicht hergestellt, so daß das Wasser ablaufen kann und nach Reinigung durch einen Klärfumpf mit dem übrigen Grubenwasser ausgepumpt wird. Fast der ganze Vorgang spielt sich ohne menschliche Hilfe ab, abgesehen von der Sandgewinnung. Welche Bedeutung der Spülverfah gewonnen hat, geht daraus hervor, daß in den Jahren 1901 bis 1909 in Deutschland allein 75 Spülverfahsanlagen entstanden sind, deren Rohrnetz eine Ausdehnung von 200 Kilometern aufweist. Abgesehen davon, daß die Kohlenlager besser ausbeutet werden, entstehen auch große Ersparnisse dadurch, daß viel weniger Bergschäden — Einbrüche der Erdbede — auftreten. Bei einer einzigen Zeche wurde auf diesem Wege in vier Jahren eine halbe Million Mark gespart. Auch für den Arbeiter bedeutet die Einführung des Spülverfahs einen Vorteil. Durch die rasche Ausfüllung abgebauter Stöße wird der Stein- und Kohlenfall und so die Zahl der Unglücksfälle vermindert. In der Rhynoldgrube zum Beispiel ging die Gesamtzahl der Unglücksfälle seit Einführung des Spülverfahs von 0,4 auf 1000 Tonnen Förderung auf 0,23 zurück.

Die größte technische Schwierigkeit beim Spülverfah liegt in der Abmung der Rohrleitungen, die in Oberstufen zum Beispiel täglich 1000 M Untertagen verurteilt. Ebenso macht unter Umständen die Beschaffung des erforderlichen Sandes Schwierigkeiten. Bei der Königin Luise-Grube in Jatzke zum Beispiel werden täglich 3000 bis 4000 Tonnen Sand gebraucht. Der Sand wird durch Bagger

und Arbeitgeber unter Einziehung unbeteiligter Dritter gebildet wird. Diese Ausnahme muß über die Unmöglichkeit der einzelnen Ausstellungsgegenstände entscheiden. Ferner muß Gewähr dafür geboten werden, daß die Stüchldhne objektiv in Stundenlöhne umgerechnet werden. Endlich sei zu fordern, daß bei allen Angaben über das Einkommen der Heimarbeit streng geschrieben wird zwischen den Kategorien der gelegentlichen Heimarbeit und der beruflichen Heimarbeit, die durch die Heimarbeit ihren ganzen Lebensunterhalt verdienen.

Eine solche, vom einseitigen Unternehmeregöismus und engberichtigtem Partisanatismus zugehende Wege blieb nicht ohne Erfolg, und bei einer späteren Verhandlung wegen der Klagefrage sah das Direktorium zur nicht geringen Ueberraschung der Gewerkschaftsvertreter jetzt alle von den Unternehmern erhobenen Einwendungen gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitstellung für durchaus berechtigt an und verlangte Garantien dafür, daß die Ausstellung „nicht tendenziös gestaltet“ werde. Die in der Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller an das Ministerium erhobenen Forderungen wurden fast wörtlich von dem Direktorium wiederholt. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten auch diesmal, sich den von den Unternehmern diktierten Bedingungen nicht fügen zu können. Besonders sei der Vorschlag unannehmbar, eine Aufnahme, „worin die interessierten Unternehmer vertreten sind, mit der Entscheidung darüber zu betrauen, was zur Ausstellung zugelassen sei.“ Es wurden eine Reihe weiterer Vorschläge erörtert. Auf Anfrage des Direktoriums erklärten die Gewerkschaftsvertreter sich ohne weiteres damit einverstanden, daß die Unternehmer in demselben Pabillon in einer besonderen Abteilung eine Heimarbeitstellung veranstalten und machen weiterhin den Vorschlag, wirklich unparteiisch zur Entscheidung darüber zu berufen, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitverhältnisse zureichend wiederzugeben seien oder nicht. Als geeignet zu diesem Schiedsrichteramt brachten die Gewerkschaftsvertreter die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für soziale Reform, insbesondere den Staatsminister a. D. Herrn v. Berlepsch und Herrn Professor Franke, in Vorschlag. Das Direktorium erklärte, sich darauf nicht einlassen zu können, denn alle diese Sozialreformer „sich werten in der Luft und lämen mit den Füßen nicht auf den Erdboden.“ Unsere Vertreter machten noch den weiteren Versuch, einen sächsischen Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, Herrn v. Schwen in Dresden, als Unparteiischen in Vorschlag zu bringen — aber „auch dieser Herr schwebte in der Luft“, erklärte das Direktorium und damit war auch dieser Vorschlag abgelehnt. Kommerzienrat Lingner teilte sodann am 25. Januar der Generalkommission mit, daß er versucht habe, auf Grund der vorliegenden Vorlagen, die gemeinsam hinhingeworfen worden seien, eine alle Teilnehmer befriedigende Lösung herbeizuführen, daß ihm dies aber zu seinem großen Bedauern nicht gelungen sei und daß deshalb die gewerkschaftliche Heimarbeitstellung nicht zugelassen werden könne.

Für die sächsischen Unternehmer und deren im Ministerium des Innern tätigen Interessenvertreter werden Bestrebungen auf Verbesserung der hygienischen Verhältnisse weiter Vorkämpfer also in dem Augenblick zu einem Staatsverbrechen, wo das Privatinteresse der Unternehmer gefährdet werden könnte. Diese Haltung der Ausstellungsleitung und ihrer sächsischen Protokollanten steht in schneidendem Gegensatz zu den offiziellen Reden, mit denen vor Jahresfrist die Vorarbeiten für die Ausstellung aufgenommen wurden. Auf der Tagung des Direktoriums und der Gruppenvorsitzenden am 12. Februar erklärte der sächsische Staatsminister Graf Bülow v. Diedrich:

„Die Ausstellung soll uns zur Anschauung bringen, was Wissenschaft und Technik auf dem Gebiete der Hygiene geleistet haben, und indem sie das tut, soll sie einerseits den staatlichen und kommunalen Behörden erleichtern, sich die Ergebnisse der Wissenschaft anzueignen und sie in das praktische Leben zu übertragen. Andererseits soll sie das Interesse des Publikums wecken und den breiten Schichten der Bevölkerung zeigen, wie die Aufgaben und Bedürfnisse der Hygiene in alle Lebensgebiete eingreifen, was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist, was geleistet werden kann und was noch geleistet werden muß.“ Das letztere scheint mir heimatlich das Wichtigste. Die Not unserer Vorkämpfer ist es gewesen, die uns gelehrt hat, das Problem der Hygiene als ein gemeinsames, als ein öffentliches, als ein soziales zu empfinden; die Not hat uns erzogen zu sozialer Empfinden und sozialer Pflichtgefühl!“

Bei derselben Gelegenheit sagte der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Professor Dr. Baum, folgendes:

„Wir leben in einer Zeit, in der die politischen Gegensätze oft lebhaft aufeinanderprallen, und wo bei der notwendigen Gerechtigkeit, die nicht bloß den einzelnen, sondern die Fraktionen, Gemeinwesen und Nationen beherzigt, oft über Dinge, die verhältnismäßig geringe Bedeutung zu haben scheinen, harte, schwere Kämpfe entbrennen. Da ist — Gott sei Dank! — die Hygiene ein Thema, das in seinem Endzweck meistens die Uebereinstimmung aller Parteien und aller Nationen findet. Es spielt freilich hier als treibendes Motiv der Egoismus mit, indem jeder seine Gesundheit hoch einschätzt und ebenso die Nationen eine gesunde Bevölkerung und einen gesunden Nachwuchs entsprechend einschätzen wollen. Jeder greift gerne nach den Mitteln und erspart freudig die Handhaben, die ihm gezeigt und anempfohlen werden, um seine Gesundheit zu verbessern. Und deswegen finden wir, wo es sich um hygienische Anordnungen, um hygienische Maßnahmen handelt, in der Regel eine erfreuliche Uebereinstimmung der Fraktionen und Parteien.“

Die in der Widerprüfung dieser Worte zu der Handlungsweise der sächsischen Regierung und des Direktoriums! Beide haben damit aber nur erreicht, daß sie die Internationale Hygieneausstellung mit dem Stigma der Forderung von Unternehmerrückstellungen behafteten, denn nichts anderes bezweckte ihre Forderung einer Jury, die zur Hälfte aus sächsischen Unternehmerrückstellungen zusammenzusetzen sei, als dadurch jede ernsthafte Darstellung von Mängeln und Schäden der Heimarbeit zu verhindern. Von dem Widerspruch der Industriellenvertreter wäre jede Ausstellung des sächsischen Heimarbeitverhältnisses ausgeschlossen. Es ist nicht die Arbeit der Gewerkschaften gewesen, die Heimarbeit tendenziös darzustellen, das heißt ausnahmsweise träge Zustände zu veranschaulichen und die Arbeiter noch schwerer anzuklagen, als sie ohnehin sind. Nur die Darstellung dessen, was in Wirklichkeit vorhanden ist, sollte gewollt sein. Zufällig kann das Heimarbeitverhältnis in seinem vollen Umfang gar nicht ausgestellt werden, denn wer würde wohl das Herz dazu haben, das Heim der überaus arbeitstüchtigen mit ihrem Säugling und Säugling, ihren Kindern und Frauen und die kleinen Kinder und Kranke als Heimarbeit dem Publikum so darzustellen, wie es in seiner Wirklichkeit ist? Man mag sich in den leitenden Kreisen zu zunächst darüber freuen, die Gewerkschaften, deren Beteiligung man anfangs wünschte, schließlich losgeworden zu sein. Die Gewerkschaften werden sich aber mit diesem Stande der Dinge abzufinden müssen. Jedermann hat aber jetzt Ursache, die Darstellungen einer Ausstellung, die unter dem Protektorat der sächsischen Regierung steht, einer freudigen Prüfung zu unterziehen, denn die Beurteilung ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in anderen Zweigen der Hygiene das Gesundheitswohl hinter das Unternehmerrückstellen zurücktreten mußte.

### Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

Die Kommission schloß in der vorigen Woche das letzte Buch des Entwurfs, das deshalb für die Arbeiter eine sehr große Bedeutung hat, weil das Verfahren in Unfallfällen wesentlich und zum Schaden der Arbeiter geändert werden sollte. Für die Regierung und die bürgerlichen Kreise ist es ganz

besonders in Betracht — daran noch einmal erinnert werden möge — daß das Reichsversicherungsamt in Unfallversicherungssachen überlastet sei und deshalb eine Verminderung der Klagen vor dem Reichsversicherungsamt unbedingt herbeigeführt werden müßte. Die Sozialdemokraten dagegen waren zwar an sich diesen Bestrebungen nicht abgeneigt, legten aber das entscheidende Gewicht darauf, daß das Rechtsverfahren für die Arbeiter im ganzen nicht verschlechtert, sondern verbessert werden müßte. Nach den Beschlüssen der Kommission soll die Berufsgenossenschaft einem verunglückten Arbeiter zunächst einen Vorbescheid zuhellen und darin dem Berechtigten mitteilen, ob und welche Rente sie ihm gewähren will. Dem Berechtigten steht das Recht zu, gegen diesen Vorbescheid innerhalb eines Monats Einspruch zu erheben. Die Berufsgenossenschaft kann dann entscheiden, ob sie den Einspruch des Berechtigten in ihrem eigenen Bureau entgegennimmt oder die persönliche Vernehmung des Berechtigten vor dem Versicherungsamte seines Wohnortes veranlaßt. Jedoch kann der Berechtigte verlangen, daß er vor dem Versicherungsamt gehört wird und dann muß dem Folge geleistet werden. Die Sozialdemokraten forderten hier, daß unter allen Umständen der Berechtigte vor dem Versicherungsamt gehört werde, weil hier eine sachgemäße Behandlung seiner Einreden zu erwarten sei. Dies wurde jedoch abgelehnt. Ferner verlangten die Sozialdemokraten, daß das Reichsversicherungsamt unter Einziehung eines Vertreters der Arbeiter und der Unternehmer den Einspruch des Berechtigten entgegennehme. Aber auch dieses lehnten die anderen Parteien ab, so daß die Sache von dem Vorsitzenden des Versicherungsamtes allein erledigt werden wird.

Das Versicherungsamt hat alle Beweise, wenn sie nicht mit großen Kosten verbunden sind, zu erheben, die der Berechtigte geltend macht. Ganz besonders kommen hier die ärztlichen Gutachten in Betracht. Erstreckungsurteile wurden für diese Instanz die Beschlässe der ersten Instanz unverändert übernommen, so daß dem Berechtigten unter allen Umständen die Einholung eines Gutachtens von dem Arzte gestattet ist, den er als Gutachter wünscht; freilich hat der Berechtigte unter gewissen Umständen die Kosten dieses Gutachtens zu bezahlen.

Wenn die Beweise vom Versicherungsamt beigebracht worden sind, so geht die Sache an die Berufsgenossenschaft zurück und diese erhebt einen endgültigen Bescheid. Nach Ablauf der ersten zwei Jahre seit dem Unfall wird eine sogenannte „Dauerrente“ festgelegt, die aber tatsächlich keine Dauerrente ist. Denn sie wird nicht für die ganze weitere Zeit dem Berechtigten bewilligt, sondern die Berufsgenossenschaft hat das Recht, jedesmal nach Ablauf eines Jahres die Rente neu festzusetzen, wenn sich die für die Höhe der Rente maßgebenden Umstände geändert haben. Für die Neueinstellung der „Dauerrente“ ist aber vorgeschrieben, daß der Einspruch des Berechtigten gegen den Vorbescheid unter allen Umständen vor dem Versicherungsamt, und zwar unter Einziehung eines Vertreters der Arbeiter und der Unternehmer stattfinden. Außerdem hat in diesen Fällen das Versicherungsamt ein Gutachten abzugeben.

Gegen den Endbescheid steht dem Berechtigten der Einspruch an das Oberversicherungsamt. Das Oberversicherungsamt soll wiederum die Beweise erheben, die der Berechtigte zur Rechtfertigung seines Einspruchs geltend macht. Leider gelang es hier den Sozialdemokraten nicht, für die Einholung der ärztlichen Gutachten dieselbe Bestimmung durchzusetzen, wie sie in dem Einspruchsverfahren vor dem Versicherungsamt erreicht worden ist. Fordert der Berechtigte ein weiteres Gutachten eines von ihm benannten Arztes, so kann zwar das Oberversicherungsamt das unter der Bedingung einholen, daß der Berechtigte die Kosten trägt, jedoch hat das Oberversicherungsamt auch das Recht, den Antrag des Berechtigten auf Einholung des Gutachtens abzulehnen. Das ist eine sehr bedauerliche Milde. Die Regierung und die Vertreter der Mehrheitsparteien sprachen allerdings die Hoffnung aus, daß in der Regel das Oberversicherungsamt das gewünschte Gutachten einholen werde, wenn der Berechtigte die Kosten vorlegt, es fragt sich aber, ob diese Hoffnung in Erfüllung geht. Aufgabe der Arbeiterpresse und der Gewerkschaften wird es sein, darüber zu wachen, daß die Anträge der Berechtigten auf Einholung eines ärztlichen Gutachtens nicht ohne zwingenden Grund abgelehnt werden.

Gegen die Entscheidungen der Oberversicherungsämter soll nicht mehr in allen Fällen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt gestattet sein, während bestimmt noch dem geltenden Rechte der Berechtigten gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte das Reichsversicherungsamt anrufen kann. Die Sozialdemokraten sprachen sich gegen diese Bestimmung des Verfahrens aus, da die Verhandlungen vor dem Oberversicherungsamt leider nicht die Gewähr bieten, daß der Arbeiter immer zu seinem Rechte kommen kann. Die Mehrheitsparteien jedoch nahmen hierauf keine Rücksicht, für sie ist die Einholung des Reichsversicherungsamtes wichtiger als die Wahrung der Arbeiterrechte. Demnach ist in Zukunft der Rekurs an das Reichsversicherungsamt nur noch bei der Festsetzung der „Dauerrenten“ zulässig. Die Sozialdemokraten bemühen sich, in all den Fällen, in denen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt bezeugt wird, wenigstens das Recht der Revision zu behalten. Wenn dieser Antrag durchgegangen wäre, hätten die Berechtigten die Möglichkeit gehabt, gegen ein ungeliebtes Verfahren, gegen eine falsche Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen oder gegen eine Entscheidung, die mit dem klaren Inhalt der Akten in Widerspruch steht, die Hilfe des Reichsversicherungsamtes anzufragen. Leider wurde auch dieser Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine sehr wichtige Debatte fand über die Frage statt, ob die Arbeitersekretäre als Beisitzer der Berechtigten vor Versicherungsbehörden erscheinen dürfen. In dem Einspruchsverfahren bestanden die Mehrheitsparteien darauf, daß die Arbeitersekretäre nicht zugelassen werden sollen. Die Berufsgenossenschaft dagegen soll das Recht haben, sich durch ihre Vertrauensleute vertreten zu lassen. Hierin haben die Sozialdemokraten eine ganz unbedingte Begünstigung der Berufsgenossenschaft, jedoch lehnten die bürgerlichen Parteien den Antrag der Sozialdemokraten ab, der die Zulassung der Arbeitersekretäre ansprechen sollte.

Andererseits sind die Bestimmungen für die Zulassung der Arbeitersekretäre vor dem Oberversicherungsamt und dem Reichsversicherungsamt. Hier haben die Arbeitersekretäre den Antrag auf Zulassung zu stellen. Das Oberversicherungsamt entscheidet über diese Anträge. Legt es einen Antrag ab, so ist die Reichsbehörde an die obere Verwaltungsbehörde, also an das Ministerium des Innern, zulässig. Jedoch darf die Zulassung nur aus einem wichtigen Grunde, der sich aber nicht auf das religiöse und politische Verhalten des Berechtigten bezieht, betweigert werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß das letzte Wort über den Zulassungsantrag dem Reichsversicherungsamt zugehen sollte. Dies wurde nur ausgenommen bezüglich der Zulassung vor dem Reichsversicherungsamt.

### Praktiken der Hamburg-Altonaer Unternehmer.

Hamburg-Altonaer Streikbrecherlieferanten. Das Hamburg wird uns geschrieben: In Nr. 6 machten wir auf die Praktiken aufmerksam, mit welchen die Hamburg-Altonaer Unternehmer der Metallindustrie versuchen, die Arbeiter in ein Abhängigkeitsverhältnis zu drängen. Heute sind wir in der Lage, einen „Dienstvertrag“ zu veröffentlichen, den der Arbeiter zu unterschreiben hat. Der Vertrag hat folgenden Wortlaut: Dienstvertrag. Wir, die Firma Mend & Hambro, G. m. b. H., in Altona und dem bei ihr beschäftigten Herrn ... , Maschinenbauer, zu Altona, ist bereit, dem nachstehende Dienstvertrag zu schließen. 1. Die Firma Mend & Hambro, G. m. b. H., stellt den ... , den ... , den ... ab als ... in ...

2. Da als Festleute zur festen Anstellung nur Arbeitnehmer gelangen, welche bereits längere Jahre bei der Firma beschäftigt waren und durch Tüchtigkeit und gute Führung sich bewährt haben, so erwartet die Firma, daß der Festmann, Herr ... , die ihm durch die Arbeitsordnung auferlegten Pflichten auch ferner treu erfüllen wird, und durch sein Verhalten innerhalb und außerhalb der Fabrik seinen Mitarbeitern mit gutem Beispiel vorangehen wird. Der Festmann, Herr ... , verspricht, sich von allen gegen die Firma gerichteten Bestrebungen fernzuhalten und die Interessen der Firma in jeder Hinsicht wahrzunehmen.

3. Die Firma Mend & Hambro, G. m. b. H., zahlt dem Festmann, Herrn ... , einen Stundenlohn von 40 S pro Arbeitsstunde. Ueberstunden werden unter Zugrundelegung eines Lohnes von 40 S pro Stunde mit den in der Arbeitsordnung festgelegten Zuschlägen bezahlt. Außerdem hat der Festmann, Herr ... , Anspruch auf Auszahlung eines Ueberzuschusses, wenn eine ihm von seinem Werkmeister übertragene Arbeit billiger fertiggestellt wird, als sie der Meister schriftlich festgelegt hat. Der Berechnung des Ueberzuschusses wird ein Stundenlohn von 40 S zugrunde gelegt.

4. Im Falle, daß Herr ... ohne sein Verschulden oder durch Krankheit an der Dienstleistung verhindert wird, garantiert die Firma Mend & Hambro, G. m. b. H., dem Festmann, Herrn ... , ein Einkommen von 33 M pro Woche. Er behält den Anspruch auf diese Vergütung auf die Dauer von drei Wochen.

Die ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommenden Beträge werden auf seinen Lohn angerechnet. Der Festmann, Herr ... , behält diesen Lohn auch für die gesetzlichen Feiertage.

5. Dieser Vertrag kann von jedem Teile für den Schluß einer Kalenderwoche unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gelündigt werden. Dieser Vertrag ist in zwei gleichlautenden Exemplaren von beiden vertragsschließenden Parteien unterschrieben worden. Altona, den ... 1911.

So also der Vertrag; jedenfalls ein Mustere exemplar ersten Ranges. Wie werden sich die auf einmal mit Herrn angerebten Maschinenbauer drängen, um nur ja bei der Firma „Festmann“ zu werden! Festmann ist übrigens sehr gut; will die Firma etwa damit eine andere Bezeichnung für die Streikbrecher oder Hebelberger herbeiführen? Das wäre gar nicht so übel. Man feste druff, das ist ja so der einzige Streikbrecherstil. Doch zum Vertrag selbst.

Im § 2 wird festgelegt, unter welchen Umständen man erst die Ehre genießen kann, Festmann zu werden. Es sollen zu Festleuten nur solche auserwählt werden, die sich durch jahrelange gute Führung und Tüchtigkeit ausgezeichnet haben. Ja, verehrte Firma, das sind aber alles gleichzeitig auch lang organisierte Verbandsmitglieder; unter denen dürfte es schon schwerfallen, Festleute zu bekommen, da muß man sich schon an andere Elemente wenden. Die Firma gibt sich ja die redlichste Mühe, um Festleute zu werben, schreibt sie doch selbst nicht davor zurück, die Meister zu veranlassen, daß diese Leute, ausgestattet mit den Dienstverträgen, des Sonntags in die Werkstätten schiden, um dort etwa anwesende Maschinenbauer beim Glas Bier zu fangen.

So machte es wenigstens ein Beauftragter des Meisters Hermann, ein junger Mann namens Sorich, der am Sonntag den 5. Februar einige unserer Kollegen nach dem Sternschanzengartenhof befristet hatte, um ihnen einen Dienstvertrag mündig zu machen. Wer nicht kam, waren natürlich unsere Kollegen. Offenlich hat sich der irische junge Mann keine Eisbette weggeholt, es wäre wirklich schade, wenn er noch obenrein ein Opfer seines „Berufes“ werden sollte. Doch Spaß beiseite, es haben sich doch schon einige „Kollegen“ gefunden, die die „Ehre“, Festmann zu werden, nicht vorübergehen lassen konnten; ob sie aber, wie es so schön im § 2 heißt: ihren Mitarbeitern mit gutem Beispiel vorangehen werden, ist eine andere Sache, jedenfalls werden, wenn es einmal darauf ankommt, die Festleute der Arbeiterchaft ein Beispiel geben, das nicht nachahmenswert ist.

Und nun erst der Lohn! Mit 40 S pro Stunde wird die Ehre, Festmann zu sein, honoriert, wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Aber damit nicht genug, im Falle einer Krankheit wird dem Festmann sogar auf drei Wochen ein Wochenlohn von 33 M garantiert, allerdings mit der Einschränkung: daß das Krankengeld abgezogen wird. Alles in allem: Wohltaten über Wohltaten! An euch, Maschinenbauer, liegt es jetzt, daß ihr euch würdig zeigt, sie auch zu genießen. So wie hier geschilbert, gehen die Unternehmer auf der ganzen Linie vor, so daß es die höchste Zeit wird, die auswärtigen Kollegen davor zu warnen, nach Hamburg zu kommen. Jedenfalls bereiten die Unternehmer einen Hauptschlag gegen unsere Organisation vor, alle Anzeichen sprechen dafür. Die Vorkommnisse bei der Firma Heidenreich & Garbed müssen als Beweis hierfür dienen.

Um den Kollegen auswärts gleichzeitig auch ein Bild von der Veräterlichkeit des Hirsch-Dunderischen Gewerkschaftsbundes zu geben, wollen wir mit einigen Worten auf die Vorkommnisse bei Heidenreich & Garbed eingehen. Die Firma entließ in ganz kurzer Zeit alle unsere Vertrauensmänner; wurde ein neuer gewählt, so teilte er das Schicksal der alten. Das wollten sich die Arbeiter selbstverständlich nicht gefallen lassen und trafen am 2. Februar in den Usstana d. Am 1. Februar fand noch eine Werkstattoberversammlung statt, an welcher auch die Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften teilnahmen. Es wurde von dem Ortsbetreuungsmanne des Hirsch-Dunderischen Gewerkschaftsbundes, O. Neumann, ausgeführt, daß mit dem morgigen Tage die Gewerkschaften nicht mit in den Ausstand treten könnten, weil eine Antwort vom „Generalrat“ aus Berlin noch nicht eingetroffen sei. Er hat, nach bis zum 3. Februar zu warten. Ein Kollege von ihm führte aus: „Wenn die Antwort vom „Generalrat“ abschlägig lautet, dann find wir hier auch noch Manns genug und werden trotzdem in den Ausstand treten; auch wir wollen nicht, daß die vitalsten Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten werden.“

Sobiel Worte, sobiel Lügen! Am 1. Februar war schon längst der Herrat an der Arbeiterchaft vollzogen, wie folgende im „Regulator“, dem Organ des Hirsch-Dunderischen Gewerkschaftsbundes, Heidenreich & Garbed, die Annonce steht in Nr. 5 des „Regulator“ vom 3. Februar, muß also schon einige Tage vor dem 1. Februar ausgegeben sein; sie lautet:

Ein tüchtiger Rundschleifer, sowie ein Präfer auf Umverformmaschinen, mehrere tüchtige Dreher sofort gesucht. Zur Gewerkschaft. Meldungen eventuell mit Zeugnisabschriften sind zu richten an O. Neumann, Hamburg, Süderstraße 148 S. B. III.

Derselbe O. Neumann, der in der Werkstattoberversammlung sich hinstellte und nicht genug vom Kampfscharakter des Hirsch-Dunderischen Gewerkschaftsbundes fassen konnte, hatte schon als vorzüglicher Mann dafür georgt, daß genügend Hirsch-Dunderische „Kämpfer“ zur Stelle waren, um den Kampf erfolgreich führen zu können. Damit aber nicht genug. Am 2. Februar, nachmittags, schon machte sich ein Kollege des Herrn O. Neumann mit dem Betriebsleiter Sparr, von der Firma Heidenreich & Garbed, auf den Weg nach Berlin, um weitere Streikbrecher, pardon „Kämpfer“ zu holen.

Der Hirsch-Dunderische Ortsvorsitzende Neumann als Streikbrecheragent, fürwahr, ein lauberes Bild, und so etwas nennt sich Arbeiterorganisation! Hui Teufel! Ohnens des Schlichtfeldes, wäre jedenfalls die richtigste Bezeichnung. Die Kollegen auswärts machen wir auf alle diese Vorboten eines von den Unternehmern gewünschten Kampfes aufmerksam und warnen nachdrücklich vor Zugung nach Hamburg.



Herr Baum einen Ausschuss wählen läßt, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt. Zu den von Baum bestimmten „Arbeitervertretern“ können die Arbeiter kein Zutrauen haben. Daß Herr Baum allen Grund hat, einen Ausschuss zu führen, der für die Interessen der Kollegen eintritt, kam in der letzten Versammlung zum Vorschein. Denn dort wurde angeführt, daß immer noch Arbeiter mit einem Stundenlohn von 28 bis 30 S eingestellt werden. Herr Baum vertritt die Ansicht, daß ein Verdienst von 4 M. den ein Arbeiter in der Gegend von Alford erziele, genügend sei. Auch wird bestrebt, die Alfordpreise herabzusetzen. Jetzt ist dort ein Arbeiter *C. E. N. H. A. R. D.*, der zu einem Arbeiter sagte, wenn er an einem Tag einmal 5 M. verdiene, könne er auch am nächsten Tage zufrieden sein, wenn er nur 1 bis 2 M. verdiene. Auch hat Baum erklärt, er wolle lieber die Hälfte der Leute hinauswerfen und mit 50 Mann arbeiten, damit er seine Ruhe habe. Die Kollegen werden daher gut tun, Herrn Baum nicht zu belästigen und dort nicht um Arbeit anzufragen. Hauptächlich waren es bisher böhmische Arbeiter, die Herr Baum gern einstellte; jetzt aber, wo ein solcher im Ausschuss saß und den Mut hatte, für die Interessen der Kollegen aufzutreten, sagt Baum: er brauche im Ausschuss keine Ausländer, er habe dafür Deutsche genug. Sei eine offene Stelle zu besetzen, da wolle er die Österreicher schon annehmen, aber als Ausschussmitglied wolle er sie nicht dulden. Hoffentlich werden die österreichischen Kollegen, wenn diese die Ingerate der Firma Baum in den Blättern lesen, sich das merken und nicht nach Chemnitz kommen, um bei Baum als Nachfolge in Arbeit zu treten.

**Delmenhorst.** Wer als arbeitsloser Schlosser oder Former von Osnabrück nach Bremen, oder umgekehrt, über Delmenhorst rülpft, muß auch das sogenannte „Pünierland“, das südliche Oldenburg, durchqueren und kommt dabei durch den kleinen Ort *G. O. I. D. E. N. I. E. D. I.* Dort hat sich vor einigen Jahren ein Fabrikant für landwirtschaftliche Maschinen niedergelassen, der sich dadurch einen „Reichtum“ machen will, daß er seinen Arbeitern äußerst niedrige Löhne bezahlt. Die meisten durchziehenden Metallarbeiter bekommen dort auch Arbeit, nur ist diese nicht von langer Dauer; denn die erhaltenen Arbeitserlöse sind zum Sterben zwar zu viel, ein Leben aber vermag davon nicht anständig zu existieren. Einige „Eingeborene“, gute Katholiken, scheinen an den dort herrschenden Zuständen nichts Verbesserungsbedürftiges entdecken zu können, sie sind mit allem zufrieden, was ihnen geboten wird. Kürzlich ist es vorgekommen, daß diese „Gerechten“ längere Zeit keinen Lohn bekommen hatten und zum Teil Lohnforderungen von über 300 M. an den Unternehmer hatten. Schon häufig wurden uns Klagen von Kollegen, meistens *F. O. R. M. E. R.*, die von dort kamen, mitgeteilt. Kürzlich brachte uns ein Former, der seinem Alter nach schon manche Arbeit gemacht haben mußte und den das Geschick von *P. O. F. E. R.* nach hierher verschlagen hatte, einen Lohnzettel, wonach er in 47wöchiger Arbeit die horende Summe von 10,58 M. bei der Firma *S. G. R. A. S. H. O. R. N.* in Goldenstedt verdient hatte. Der Kollege hatte den Chef darüber zur Rede gestellt und dazu bemerkt, er würde dafür sorgen, daß die Firma keine Former belasse, worauf er zur Antwort erhielt, das würde ihm wohl nicht gelingen, es ständen Former genügend zur Verfügung. Dies veranlaßte den Kollegen zu der lakonischen Erwiderung, „dann müßte man sich welche kaufen!“ (Waher hätte allerdings gelegen und es wäre das für Herrn *G. R. A. S. H. O. R. N.* auch bequemer, wenn der Kollege gesagt hätte, „dann müßte man sich welche formen!“ D. V.) Zwei dieser Zeilen ist, die Kollege, die auf ihrem Wege durch Goldenstedt kommen, zu unterrichten, damit sie an der Fabrik des Herrn *G. R. A. S. H. O. R. N.* vorbeigehen, denn nur dadurch bewahren sie sich vor Enttäuschung.

**Sagen I. M.** In der Schrauben- und Mutterfabrik von Daniel Rittler sind Differenzen ausgebrochen. Die Vertrauensleute sind gemüßregelt worden. Zugang ist ferngehalten.

**Kaiserblamieren.** Sehr traurige Zustände herrschen bei der Herr- und Maschinenfabrik von Wilhelm Wagner (Karlshagen). Dem ein Arbeiter anfängt, arbeitet er in den ersten Wochen für einen Lohn von 30 bis 35 S pro Stunde, sonst wird durchweg in Arbeit gearbeitet. Die Alfordpreise sind aber so gering bemessen, daß meistens kaum der sich schon sehr niedrige Stundenlohn erreicht wird. Für einen Gußherd, zu dessen Fertigung ein tüchtiger eingeschulter Arbeiter vier bis fünf Stunden braucht, gibt es nur 1,30 M. Für einen emaillierten Herd, zu dessen Fertigung durchschnittlich sechs Stunden gebraucht werden, werden 1,70 M. bezahlt. So kommt es dem, daß der Verdienst in vier Wochen zwischen 85 und 88 M. schwankt. Die Firma hat noch den vierwöchentlichen Gehalt mit dazugehöriger Abschlagszahlung. Schloffer, die schon jahrelang im Betrieb sind und große Fertigkeit im Herdbau haben, verdienen in vier Wochen 70, 74, 78 M., pro Woche also 17,50 bis 19,50 M. Wie man mit diesem Gelde eine Familie ernähren kann, das sollte Herr Wagner seinen Arbeitern einmal zeigen. Nicht selten ist es, daß ein Arbeiter mehr Gehalt erhalten hat, als er am eigentlichen Gehalt erhält. Beispielsweise ein Arbeiter, wenn er zu wenig erhält an Gehalt, so heißt es oft: „Guten Sie sich Vorzugs!“ Es werden aber trotzdem immer noch Zeit zu Zeit Abzüge an den Alfordpreisen vorgenommen; erst kürzlich im Januar 15 Prozent. Weshalb darüber die Arbeiter aufgebracht sind, kann man wieder ein kleiner Bruchteil zugelegt. Die Furchtschuld an diesen Zuständen tragen die Arbeiter vom Lande, die wegen ihrer Gefügigkeit mit Vorliebe geholt werden. Die normale Arbeitszeit beginnt morgens um 7 Uhr, aber sehr oft fangen diese Arbeiter vom Lande bereits um 6 Uhr an. Die Mittagspause, die 1 1/2 Stunden dauern soll, wird von ihnen freiwillig um eine Stunde gekürzt. Das Essen wird meistens in der Werkstatt irgendwohergeholt und dann wird wieder demselben Arbeiter und gewaschen. Diese Arbeiter bedenken nicht, daß sie damit den Lohn herabdrücken und die gesamte Arbeiterklasse ihrer schädigen. Leider lassen aber auch viele in Kaiserblamieren wohnende Arbeiter sich nicht anweisen, um mitzubekommen, daß diesen traurigen Zuständen ein Ende bereitet wird. Sie haben nicht einmal den Mut, eine Petition zu beschreiben, sie gehen in weitem Bogen um das Verbandsamt herum. Der Organisationsbeirat, selbst ihnen die Entlastung und der Mut. Die Behauptung derer, die Verbandsamt beinhalten, wird von dem Obermeister gerne gegeben. Der Obermeister macht dem Meister Meldung, dieser dem Obermeister. Der Obermeister nimmt sich dann den angelegten „Aufsiegler“ vor. Wenn alle jenseits und unjenseits Ermahnungen nichts nützen, dann folgt die Entlassung. Die Angelegenheiten eines Reichstages liegen aber doch auf ganz anderem Gebiet. Es geht einem Arbeiter nichts an, was der Arbeiter außerhalb des Betriebes macht, die Arbeiter können sich ja auch nicht darum, was die Richter und andere Leute außerhalb ihrer Dienstzeit machen. Es wäre viel besser, wenn der Herr Obermeister dafür sorgen würde, daß die zu bearbeitenden Werkstücke besser posieren, damit nicht lange Zeit zu ihrer Nacharbeit veranschlagt werden muß. Auch sollte er dafür sorgen, daß die beschriebenen Teile rechtzeitig zur Stelle sind, damit nicht der Schloffer demselben heranziehen muß. Auch besseres und ausreichendes Werkzeug ist nötig, damit nicht der Arbeiter von seinem geringen Verdienst noch Verluste zu machen hat oder drei Schloffer an zwei Schlofferstellen arbeiten müssen. Auch möge die Richter dafür Sorge tragen, daß die Arbeiter etwas verdienen und daß die Werkstücke in regelmäßiger Fristen den berechtigten Auftragsgebern der Werkstatt eintrifft. Der Arbeiterstand wäre nur, den Reichstagen endlich abzugeben und einzutreten in die Reihen der kämpfenden organisierten Arbeiter, damit diese beschriebenen Zustände beseitigt werden können.

**Sandstein.** Ein Landbesitzer ist der Betrieb des Sandsteinwerkens Wilhelm Hagerström. Dieser Herr läßt auch zu seinen wohnlichen Sandsteinwerken und er liefert ziemlich viel Arbeit für die Arbeiter. Er erachtet sich, bei dem geringen Lohn, den er den Arbeitern mit Sandstein, nämlich 20 zu zahlen, unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter in der ersten oder zweiten Woche des Durchsichtes verläßt und nicht auf die Landstraße gehen. Auch sonst sind in diesen Betrieben die Verhältnisse nicht weniger als gut.

**München.** (Selbe Gemerkschaften.) In Nr. 5 der Bayerischen Industrie singt der Synbillus der bayerischen Industriellen, der Dr. jur. Alfred Kuhl, wieder einmal das hohe Lied der gelben Gemerkschaften im Deutschen Reich, deren Zahl alles in allem, auch die Wähler dazu gerechnet, auf 64 000 angegeben wird. Selbst wenn diese Zahlen stimmen sollten, so wird man, wenn man weiß, daß Bureaudienler, Lehrlinge in nicht geringer Zahl unter ihnen sind, daß ferner ein großer Teil nur Ausgelobte sind, ihnen weiter keine Bedeutung beimessen. Nun vertritt aber Herr Kuhl etwas anderes: Er will den üblen Geruch, der den Gelben anhaftet, und der auch in Kreisen der Gebildeten übel vermerkt wird, zerstreuen. Deshalb sind die Gelben hochqualifizierte Metallarbeiter, diese armen Gelben, die nur der Brutalität der Streikgewerkschaften entkommen sein sollen! Herr Kuhl hat das Unglück, in seinem Artikel auch das Jahr 1905 zu erwähnen und dort von Terrorismus zu sprechen. Terrorismus war es 1905, als die Direktion der Siemens-Schuckert-Werke ihren Arbeitern erklärte: „Es tut uns leid, wir sind gezwungen, auszusperrten.“ Allerdings ein Terrorismus des Metallindustriellenverbandes! Terrorismus ist es auch, wenn man die Beiträge für die gelben Gewerkschaften durch die Firma erheben läßt. Terrorismus ist es, wenn gelbe Führer in der Werkstatt erzählen, daß alle, die der gelben Organisation angeschlossen sind, eine Entlassung nicht zu befürchten haben. Vielleicht interessiert sich Herr Kuhl auch für folgende Tatsache: Er gibt die Zahl der Gelben für München auf 1612 an. Für Siemens-Schuckert ist von anderer Seite die Zahl der Schuckertischen Gelben auf 1350 angegeben. Bei der Ende vorigen Monats erfolgten Arbeiterauswahl wurden nur 899 Arbeiter für die gelbe Liste, die übrigen 511 stimmten entweder für die Liste der Freien oder sie haben gar nicht abgestimmt. Ob Herr Kuhl ein Recht hat, stolz auf diese Zahlen zu sein, müssen wir anderen zu beurteilen überlassen. Was nun noch die „intelligenten“ und „hochqualifizierten“ Arbeiter anbelangt, so haben wir erst wieder bei der letzten Androhung der Aussperrung die Wahrnehmung machen können, daß die einzelnen Unternehmer auf diese „Hochqualifizierten“ keine so große Hoffnung setzten.

# Rundschau.

## Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich in der Berichtswochen, nachdem er endlich am 13. Februar mit der zweiten Lesung des Etats begonnen hat, beinahe ausschließlich mit dem Marineetat. Seitdem sämtliche bürgerliche Parteien ihre Oppositionsstellung gegen die Marine aufgegeben haben, seitdem alles, was nicht Sozialdemokrat heißt, vernügt in dem Böhmernden plätschert, auf dem angeblich demüthigsten Zukunft liegen soll, ist die Verurteilung des Marineetats mehr und mehr zu einer belanglosen Formlichkeit herabgesunken. Vor zwei Jahren wurde der Etat sogar einmal in zweiter Lesung ohne jede Diskussion bewilligt! In diesem Jahre gestalteten sich die Erörterungen dank dem energischen Eingreifen der sozialdemokratischen Redner, denen wenigstens einige Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei zur Seite traten, doch immerhin recht interessant.

Man darf behaupten, daß kein anderer Einzeletat so wenig durchsichtig ist, wie der Etat der Reichsmarine. Sogar der Etat des Geldheeres, der ja auch an dunklen Punkten wahrlich keinen Mangel aufweist, ist dem Verständnis der Volksboten noch immer zugänglicher als der Marineetat, der mit gemollter Oberflächlichkeit alles zusammenhängt, um der Verwaltung die größte Freiheit zu geben, der Volksvertretung aber die Kontrolle auf das Äußerste zu erschweren. Wer einigermaßen mit unseren Marineverhältnissen vertraut ist, bedurft nicht erst der Belehrung, die der abgehaltene Admiral V. Ahlefeld vor einem Jahre dem erwarteten deutschen Reichstag zuteil werden ließ, um zu wissen, daß mit den Geldern des Volkes bei der Marine zum Teil nahezu ungenutzte gewirtschaftet wird. Admiral Ahlefeld, der sich jetzt, gezeichnet mit einer tüchtigen Pension von monatlich 750 M., in den Dienst eines großen industriellen Unternehmens gestellt hat und dort auch noch 50 000 M. jährlich verdient, also doch wohl tüchtig genug wäre, um im Reichsdienst weiterbeschäftigt zu werden, plauderte jenen Reichstag aus, nach 15 bis 20 Dienstjahren in den höheren Chargen der Marine müsse ein Mann genug verdient haben, um sich ein Rittergut zu kaufen und dann den Rest seiner Tage in Behaglichkeit zu verleben, das heißt also als „Arbeitsloser“! Die Karriere eines Marineoffiziers ist in Deutschland heute eines der besten Geschäfte, das ein junger Mann überhaupt beginnen kann. Sind die eigentlichen Gehälter bis zu den mittleren Stufen des Offizierskorps auch nicht gerade glänzend, so treten doch eine so ungeheuerliche Zahl von Zulagen, Extrazulagen, Kommandogeldern und wie immer diese Dinge heißen, hinzu, daß die Gesamtverdienste als glänzend zu bezeichnen ist.

Siehe Verhältnisse haben schließlich denn doch die Aufmerksamkeit der Budgetkommission erregt und den Wunsch laut werden lassen, das Zulagenwesen in der Marine neu geordnet zu sehen. Mit jener Bereitwilligkeit, die ihm auszeichnet, hat natürlich der Chef des Reichsministeriums, der „alte ehrliche Seemann“, Großadmiral Zippich, der mit vier Sternen auf den Ählsfeldern neuerdings gekennzeichnet ist, verprochen, dieser Anregung nachzukommen. In einer wunderbaren Ueberrumpfung, die dem Reichstag zugegangen ist, wird dargelegt, daß bei den Zulagen vom Leutnant bis zum Admiral in Zukunft ganz gewollig „gespart“ werden soll. Wenn man den Dingen auf den Grund geht, erkennt man aber sofort, daß den höheren Offizieren dabei nicht wehgetan wird, weil sie durch die Kommandos und die „Stribarung“ von Zulagen schließlich nicht unerheblich mehr bekommen als bisher! Das nennt dann Herr Zippich ein Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichstags! Dem es nicht so verknüpft geschick wäre, wäre man verstaubt, es herzlich dem zu nennen.

Aber Herr Zippich beweist an anderer Stelle, daß er eine eiserne Faust hat und wirklich auf das Einsparen dringt. Er spricht nämlich von — Seizern der Marine, die einer ebenso unangenehmen wie gefährlichen Dienst haben, eine ihnen bisher gewährte monatliche Vergütung von 6 M. ab. Da soll man noch einer sagen, daß das Marineamt nicht eben gerade reichlich mit Sparmaßnahmen ausgestattet ist, wenn der nächste Ausbruch für dieses Vorgehen der Reichsmarineverwaltung gebrochen, dann würde er allerdings sicherlich recht unparlamentarisch ausfallen. Wir unterbrechen diesen Ausbruch, denn wir haben ja auch Grund, uns nicht allzusehr über die Verwaltung und die ihr geführte Reichstagsmacht zu erregen, weil uns die Verwässerung der Seizerzulagen nicht gleichzeitiger Erhöhung der Bezüge von Kommandos ein so angelegentliches Agitationsmittel in die Hand gegeben hat, wie wir uns es besser nicht zu wünschen vermögen. Es ist gerade so, als ob Herr Zippich und seine Kollege gemeint hätten, die Sozialdemokratie habe für die nächsten Reichstagswahlen noch nicht genug Agitationsstoff und behüte dringend der Unterdrückung.

Aber es ist auch kaum zu verstehen, daß bei der Marineverwaltung noch immer gegen die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse auf dem Wasser und auf dem Lande von ihm mit Aufträgen beauftragte Privatwerke bestellt. Man darf nicht vergessen, die ungeheure Vermehrung unserer Kriegsmarine, die die eigentliche Ursache der Reichsfinanznot und des Steuerflurses

gewesen ist, ist sachlich durch gar nichts gerechtfertigt, sondern zum Teil eine Modesache, mehr aber noch eine gigantische Spekulation der großen Stahlwerksbesitzer, Kohlenbarone und der mit Spröcklingen reich gesegneten Beamtenfamilien, die entweder auf Vorgegeldgewinn oder auf Verjüngung ihrer Nachkommenchaft ausgehen. Wenn nun eine solche Riesenplünderung am Volke vorgenommen wird und sich noch dazu am einzelnen Arbeiter in brutaler Geizhalsigkeit, Neidstübereaubung und Schmutzkonkurrenz abspielt, dann wird es Zeit, daß das Volk endlich erwacht und mit donnernder Stimme diesem Unfug ein halt entgegenruft. Die Marineverwaltung hätte es in der Hand, direkt und indirekt eine musterhafte Sozialpolitik zu treiben. Daß sie es nicht tut, sondern sowohl auf ihren Werften, wie auf den Kruppischen Werken, dem Vulkan und anderen Privatunternehmungen, die alljährlich zu neuen, diesmal namentlich von Sebring und Que wirkungsvoll vorgebrachten Klagen Veranlassung gebenden Standalösen Arbeiterverhältnissen weiterbefähigen läßt, gibt berechtigten Anlaß zu Angriffen, die hoffentlich bei den nächsten Wahlen ihren Ausdruck in einer kräftigen Vermehrung der roten Stimmzettel finden werden.

## Sichtbildevorträge über Metallarbeiterschau.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Durchwandert man die Sittensbetriebe im hiesigen Bezirk, so fragt man sich oft, wie es möglich sei, daß die Arbeiter unter solchen Verhältnissen jahraus jahrein arbeiten können. Ein Sprachwort sagt allerdings: „Der Mensch ist ein Gemüthsstier“, aber auch ein Tier geht zugrunde, wenn es allzusehr gequält wird. Genau so geht es auch dem Menschen, nur mit dem Unterschied, daß er sich gegen Quälerei schützen kann. Aber auch nur dann, wenn er den Gefahren, die seiner Gesundheit und seinem Leben drohen, erfolgreich gegenübertritt. Ihn, den Arbeiter, in diesem Kampfe für seine Gesundheit und sein Leben zu unterstützen, hat sich unsere Organisation zur vornehmsten Aufgabe gestellt. Leider läßt die Kenntnis der gezielten Maßnahmen zur Vermeidung der Gesundheits- und Lebensgefahr bei unseren Kollegen und speziell bei denen in der Groß- und Sittensindustrie noch sehr viel zu wünschen übrig. Es muß daher als äußerst dankenswert bezeichnet werden, daß der Vorstand unserer Organisation auf Anregung von Generalversammlungen die Initiative ergriffen hat, eine größere Agitation zur Verhütung der Unfall- und Lebensgefahr in der Metallindustrie durchzuführen. Hoffentlich wird die diesjährige Generalversammlung dem Vorstand neue Anregungen mit auf den Weg geben. Die vom Kollegen Lauterbach in unserem Bezirk abgehaltenen Sichtbildevorträge haben bewiesen, daß damit im Interesse der Gesundheit die beste Propaganda getrieben werden kann. Waren doch die Versammlungen in den meisten Orten überfüllt. So war zum Beispiel der städtische Saalbau in Essen von über 2000 Personen besetzt und auch in Düsseldorf war der Kaiseraal der städtischen Tonhalle, der circa 2500 Personen faßt, bis auf den letzten Platz gefüllt. Leider stehen unseren Kollegen hier im schwarzen Rheinland und Westfalen die Lokale nicht so zur Verfügung wie in anderen Bezirken. In so manchem Orte mußten wir von den Vortragenden Abstand nehmen, weil uns überhaupt keine größeren Versammlungsorte zur Verfügung standen. Nichtsdestoweniger konnte jedoch Kollege Lauterbach zu circa 40 000 Metallarbeitern in 47 Orten sprechen. Mit Ausnahme von Solingen und Lachen, wo es wahrscheinlich an den nötigen Vorbereitungen gelegen hat, waren die Versammlungen zahlreich besucht und die Erwartungen der Kollegen wurden weit übertroffen. Waren doch Kollegen anwesend, die selbst in den Werken arbeiteten, die Kollege Lauterbach ihnen vorführte und die frei erklärten, daß diese Vorträge schon früher hätten gehalten werden müssen, da sie einen wesentlichen Dienst leisteten bei der Agitation unter den Industriellen und deren Frauen. Wer je unter Sittensbetriebern agitiert hat, wird wissen, wie schwierig das ist, diese Vorträge waren daher ein willkommenes Mittel zur Unterstützung der Agitation. Auf die Einzelheiten der Vorträge einzugehen, halten wir nicht mehr für angebracht, da darüber in unserer Zeitung schon einmal berichtet worden ist.

Wiemerit aber die Vorträge auch das Interesse derer weckten, die für die Innehaltung und Durchführung der gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften Sorge tragen sollen, wird betonen durch die Teilnahme der Gemeindefunktionäre oder deren Vertreter. Wo sie nicht anwesend waren, hatten sie sich entschuldigen lassen. In Oberhausen waren unter anderen auch die Vertreter der Rheinisch-westfälischen Sittens- und Balzwerberberufsgenossenschaft anwesend, in Osnabrück wohnte der Direktor des dortigen Stahlwerkes, der zugleich Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes von Osnabrück und Umgebung ist, der Versammlung bei. Auch sonst waren Vertreter von Werken anwesend, und dies dürfte dazu beitragen, daß unsere Kollegen bei ihren Wünschen ein geneigteres Ohr als bisher finden. In Lachen war der Direktor der *F. I. S. I. C. H. O. R. T. B. I. L. D. U. N. G. S. I. C. H. U. L. E.* ungehalten darüber, daß man ihn nicht eingeladen habe. Auch sonst konnte man die Erfahrung machen, daß die Gegner der Arbeiterbewegung ein lebhaftes Interesse für diese Vorträge zeigten. Eine rühmliche Ausnahme machen zwei Werke in Wilhelm a. Rh., die es strikte ablehnten, die Vorträge anzuhören, da sie durch den bekannten Ausperrungsbeschluss der Krankenkassen nicht in die Lage kommen, unfallverletzte Arbeiter zu behandeln. Es sind dies organisierte Werke des Leipziger Verbandes, die da glauben, die Kernen der Armen bis auf Letzte auszuwickeln zu können. Nicht zuletzt wollen wir erwähnen, daß sich auch sämtliche Zeitungen, sogar die Rheinisch-westfälische Zeitung *Lebend* über diese Art der Propaganda ausgesprochen haben. Nur einige schwarze Scheißblätter zeigten durch Lachschneigung der Vorträge, daß sie voll Reich darüber sind. Auf eines möchten wir aber noch hinweisen: den Jungblüthen den freien Eintritt zu gestatten. Man ist ihnen wohl entgegengekommen, doch unseres Erachtens nicht weit genug. Wenn man glaubt, bei freiem Eintritt Schwierigkeiten zu bekommen, so möge man die Praxis der Hochumer Ortsverwaltung annehmen. Dort wurden Karten ausgegeben, auf denen die Jungblüthen ihre Personalien angeben mußten. Diese so ausgefüllten Karten wurden am Eingang abgegeben, sie bildeten eine Unterlage, um einen neuen Kämpfer für unsere Sache zu gewinnen.

Alles in allem jedoch können wir nur sagen, daß die Propaganda in Wort und Bild den besten Anfang gefunden hat.

## Arbeiter-Pensions-Stiftung und Steuerpflicht.

Nach §§ 55, 12 des Reichserbsteuergesetzes sind Schenkungen zu verneinen. Eine Ausnahme machen nur Schenkungen, die an Bedürftige zur Deckung ihres Unterhaltes erfolgen oder durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird (§ 56 des Gesetzes). Was ist nun unter diesen vom Gesetzgeber aufgestellten Ausnahmen zu verstehen? Hierüber spricht sich das Reichsgericht in höchst bemerkenswerter Weise aus. Es handelte sich um folgenden Streitfall:

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. hatte eine Stiftung zugunsten ihrer Arbeiter unter dem Namen „Arbeiter-Pensions-Stiftung“ errichtet. Sie hatte der Stiftung als Stammkapital den Betrag von 100 000 M. überwiesen und verpflichtete sich, jährlich weitere 100 000 M. zu überweisen, bis genügend Kapital zur Erreichung des Stiftungszweckes vorhanden wäre. Aus den Zinsen sollten den Arbeitern bei einretretender Erwerbsunfähigkeit oder Invalidität Zuschüsse gewährt werden. Rannmehr kam die Steuerbehörde und forderte 5000 M. Schenkungssteuer, die von der Stiftung aus gezahlt werden mußte. Mit vorliegender Klage forderte die Stiftung von dem Badischen Finanz-Nachzahlung der 5000 M. vom Landgericht und Oberlandesgericht Karlsruhe wurde die Klage der Stiftung abgewiesen. Auch die Revision war erfolglos. Der höchste Zivilsenat des Reichsgerichts erklärte: Dem Berufungsrichter ist zunächst darzulegen, daß es sich hier nicht um eine Schenkung an Bedürftige zum Zwecke ihres Unterhaltes handelt; denn beschenkt sind

nicht die Arbeiter, sondern die Stiftung, und diese ist nicht bedürftig. Was sodann die Frage anbelangt, ob durch die Schenkung einer stiftlichen Pflicht entprochen wurde, so hat der erkennende Senat bereits ausgesprochen, daß eine stiftliche Pflicht, wie sie der § 56 Absatz 2 des Erbschaftsteuergesetzes voraussetzt, nicht schon aus der günstigen Vermögenslage des Arbeitgebers herzuleiten sei, daß es vielmehr noch des Vorhandenseins besonderer persönlicher Beziehungen bedürfe, wenn eine Schenkung zugunsten von Angestellten nicht bloß als Veräußerung der allgemeinen Nächstenliebe, sondern als Ausfluß des Gebots einer stiftlichen Pflicht angesehen werden solle. An diesem Grundsatze ist festzuhalten. Inwiefern ihn der Berufungsrichter verkannt haben sollte, ist aber nicht ersichtlich. Von besonderen persönlichen Beziehungen der Fabrik zu ihren circa 8000 Angestellten und Arbeitern kann offenbar keine Rede sein, und dieses Erfordernis wird auch nicht dadurch ersetzt, daß statutenmäßig nur solche Arbeiter auf Unterstützung Anspruch haben, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen in der Fabrik beschäftigt waren und hier erwerbsunfähig geworden sind. Noch weniger kann in dieser Beziehung in Betracht kommen, daß die Angestellten der Fabrik die Errichtung der Kaffe selbst in Anregung gebracht haben. War eine stiftliche Pflicht nicht schon an sich gegeben, so konnte sie auch nicht durch Petitionen der Angestellten begründet werden. Es könnte sich deshalb nur noch fragen, ob durch die Zuwendung der 100 000 M. einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksticht entprochen wurde. Wenn man auch die Höhe des hier zugewendeten Betrags nicht bedenkt, so fehlt es doch immer an den besonderen Umständen, die es rechtfertigen könnten, die fragliche Zuwendung als ein Gebot des Anstandes anzusehen. Ein solches Gebot mag ausnahmsweise da anerkennen sein, wo es sich darum handelt, eine schon längere Zeit bestehende Unterstützungskasse der Angestellten zu kräftigen oder lebensfähig zu erhalten; im vorliegenden Falle wurde aber eine Unterstützungskasse erst neu geschaffen, und daß auch die zu diesem Zwecke gemachte Zuwendung ohne weiteres als durch die Rücksticht auf den Anstand geboten angesehen werden müßte, ist nicht zuzugeben. Der Umstand, daß sehr häufig von Arbeitgebern gleich hohe und noch höhere Schenkungen zu ähnlichen Zwecken gemacht werden, berechtigt jedenfalls noch nicht zu dem Schlusse, daß diejenigen, die nicht ein gleiches tun, obwohl sie dazu in der Lage wären, in der Achtung und Anerkennung der ihnen Gleichstehenden deshalb eine Einbuße erleiden müßten. Die Revision wurde deshalb zurückgewiesen. (Wtng.: VII 591/09. Wert des Streitgegenstandes in der Revisionsinstanz: 5000 M.)

(Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1910. Nachdruck, auch im Auszug, verboten.)

**Aus dem Geheimarchiv des Arbeitgebervereins für Hagen-Schwelm.**

Folgendes „streng vertraulich“ an die Unternehmer versandte Schreiben ist uns zur Kenntnis gekommen:

Hagen, den 9. Februar 1911.

An die Herren Arbeitgeber!

Es ist festgestellt worden, daß der Führer des Metallarbeiter-Verbandes, namens Ernst, verschiedene Male am Telefon sich als zum Arbeitgeberverband gehöriges Mitglied ausgegeben hat, Fragen über entlassene Arbeiter gestellt und sich dann weiter erkundigt hat, ob die Arbeiter (nämlich die Entlassenen) auch in der schwarzen Liste ständen, um ein Agitationsmittel zu besitzen, gegen die Herren Arbeitgeber auftreten zu können. Obwohl die schwarzen Listen zur Orientierung der Arbeitgeber nicht mehr i. o. f. in Kurs gesetzt werden, so mache ich doch folgendes bekannt: Von jetzt an ist es den Herren Arbeitgebern zur äußersten Vorsicht empfohlen, per Telefon über solche Sachen zu sprechen und nach Anruf einer solchen Frage durchs Telefon möglichst die Erklärung abzugeben, der Anrufer möge sich einen Augenblick gedulden, dann aber sofort sich mit der betreffenden Nummer (von der aus die Anfrage erfolgen könnte) telefonisch verbinden zu lassen, und erst nach ganz sicherer Gewißheit (daß die Antwort nicht an falsche Adresse gerät) die Erklärung abzugeben.

Hochachtungsvoll

E. Jacobs.

Dieses „streng vertrauliche“ Rundschreiben beweist, daß alle die Behauptungen der Unternehmer: „die Unternehmernachweise würden nicht als Maßregelungsbureau benutzt und seien eine Wohlthat für die Arbeiter“, eine Heuchelei sind. Bei den Verhandlungen auf dem Rathaus in Hagen sagte doch Herr Jacobs, durch den Arbeitsnachweis würden die schwarzen Listen überflüssig. Auch hat dieser Herr noch vor kurzer Zeit den Kollegen Spiegel und Verling, als sie auf dem Arbeitsnachweisbureau zu dessen Besichtigung waren, erklärt, daß schwarze Listen nicht mehr geführt würden. In seinem Schreiben an die Unternehmer teilt er aber selbst mit, daß noch schwarze Listen zur Orientierung der Unternehmer — allerdings „nicht mehr i. o. f.“ — in Kurs gesetzt werden. Das ist also wieder ein Beweis, daß die Unternehmer die Arbeitsnachweise zur Maßregelung der Arbeiter benutzen. Wir werden auch dieses Material auszunutzen wissen, darauf können sich die „ollen ehrlichen Seemanns“ verlassen.

**„Christliche“ Organisationsgründer.**

Wie die Hauptmacher der verschiedenen Organisationen von Zentrum's Gnaden „Hand in Hand“ arbeiten, davon liefert folgender Brief einen interessanten Beweis:

„Verband der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln“

Dr. Otto Müller, Stöckelampräfes.

M.-Gladbach, den 3. Januar 1911.

Herrn Balbes

Beisitzstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Aachen.

Sehr geehrter Herr Balbes!

Von Herrn Treffer bekomme ich Ihren Brief betreffend die Gründung einer Zehnstellige der christlichen Gewerkschaften und eines Arbeitervereins für Bracheln. Es ist mal, wenn ich mich recht erinnere, einer von Bracheln bei mir gewesen und hat über die dortigen Verhältnisse gesprochen. Da haben wir uns in dem Sinne verständigt, soweit ich mich erinnere, daß Bracheln dem Arbeiterverein Erlenz unterstellt werden sollte. Damals muß aber kein Wilar dort gewesen sein, weshalb ich diesen Vorschlag wohl gemacht habe. Jetzt ist ja ein Wilar dort. Nun wird sicherlich wohl in Bracheln die Gründung eines Arbeitervereins möglich sein. Sie müssen nun aber vorher sowohl mit dem Herrn Farrer wie mit dem Wilar sich darüber verständigen. Wenn beide damit einverstanden sind, so steht ja der Gründung prinzipiell nichts im Wege. Es wäre mir lieb, wenn Sie Freitag morgen, bevor Sie nach Bracheln kommen, eben in M.-Gladbach bei mir in meiner Privatwohnung, Staufenstraße 34, vor sprechen wollten. So weit ist ja Erlenz von M.-Gladbach nicht entfernt. Wir können uns dann noch näher besprechen. Daß von hier ein Redner dorthin geht, wird wohl nicht mehr gut möglich sein.

Mit freundlichem Gruß Dr. O. Müller.

**Noch mehr Streifbrecherstanz notwendig?**

Der Vorwärts (Nr. 29 vom 3. Februar) berichtet folgendes: „Die Metallarbeiter streifen bei der Firma Siemens Schuler. Die Siemenswerke liegen in nächster Nähe von Roabit, und es scheint, als ob der Ausgang der Roabit-Prozesse für die Polizei keinerlei Gefahr gewesen ist, denn sonst wäre folgender Vorgang nicht zu verstehen. Am 31. Januar ging ein Streikposten ruhig seiner Pflicht nach, ohne irgendwie jemanden zu belästigen. Plötzlich kam ein Schutzmann auf den Streikposten zu und ließ ihn ohne irgendwelche Veranlassung und ohne eine Bemerkung zweimal mit solcher Gewalt in die Seite, daß er zur Seite taumelte. Nun war aber ein einwandfreier Zeuge in der Nähe, nämlich ein Angestellter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der bezeugen konnte, daß aber auch nichts vorgefallen ist, was irgendwie dem Schutzmann zu seinem Vorgehen berechtigte Ver-

anlassung gegeben hätte. Der Angestellte des Verbandes bemerkte das auch dem Schutzmann gegenüber in ruhigen Worten. Doch machte das den Schutzmann in seinem Auftreten nicht irre, im Gegenteil, der Schutzmann listete nurmehr den Streikposten. Dem Verbandsvorleiter gegenüber machte der Schutzmann dabei die Bemerkung: „Stören Sie mich nicht in meiner Amtshandlung!“ Also es ist eine Amtshandlung (1), ruhige Passanten auf der Straße zu mißhandeln. Wer mag den Schutzmann wohl derartige Instruktionen erteilen? Der Organisationsleiter hat ja nun ob dieser flagranten Belästigung des Streikpostens durch einen Schutzmann nicht gleich das vom Landgerichtsdirektor Urger zustehende Recht ausgeübt, sondern begab sich nach dem Polizeirevier, um den Namen des seine Funktionen verletzenden Schutzmannes zu erhalten. Nach einigen Schwierigkeiten gelang das auch, und nun wird selbstverständlich gegen den betreffenden Schutzmann Beschwerde geführt werden. Bei der Unterredung auf dem Revier gestand der Polizeileutnant zu, daß er sich selbst davon überzeugt habe, daß die Streikenden sich musterhaft betragen und einen durchaus guten Eindruck machten. Der Leutnant erklärte weiter, er behaupte das Verhalten des Schutzmannes. Selbstverständlich ist, daß die Streikenden sich durch die ungesetzliche Behandlung, die sich Schutzeleute erlauben, nicht von der Ausübung ihres Rechtes, Streikposten zu setzen, abhalten lassen. . . .“

**Vom Ausland.**

**Österreich.**

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910.

In den Jahren 1907 bis 1909 hatten die österreichischen Gewerkschaften schwer unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden. Nun hat sich die Krise gemildert, ein wirtschaftlicher Aufschwung setzt ein und es wären also wieder die Vorbedingungen gewerkschaftlicher Fortschritte gegeben. Leider will sich dieser Fortschritt nicht einstellen, weil der nationale Streit die gewerkschaftliche Tätigkeit arg behindert. Der unselbige Konflikt zwischen den Zentralisten und den tschechischen Separatisten hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung daran gehindert, die Fortschritte zu machen, die sonst gewiß erreichbar gewesen wären. Das Jahr 1910 ist abermals im Zeichen eines Mitgliederverlustes, und zwar eines Verlustes, der zum allergrößten Teile auf das Konto der tschechisch-separatistischen Agitation zu setzen ist. Es gelingt den tschechischen Separatisten wohl, die Zentralorganisationen zu spalten und einen Teil ihrer Mitglieder in die tschechisch-separatistischen Vereine hinüberzureißen, sie sind aber außerstande, neue Mitglieder zu gewinnen. So mehr noch, sie verursachen einen effektiven Schaden, indem sie bewirken, daß Tausende Arbeiter aus den Zentralverbänden austreten, ohne sich einer anderen Gewerkschaftsorganisation anzuschließen. So sind, dank der separatistischen Agitation, die wohlgeschulten Reihen der tschechischen Gewerkschaften gelichtet worden. Während die Arbeiter der anderen österreichischen Nationen im Jahre 1910 ihre Position behauptet haben oder sogar Fortschritte machen konnten, erlitten die tschechischen Gewerkschaftler beträchtliche Verluste. Die Gewerkschaft, das Organ der Reichsgewerkschaftskommission, kennzeichnet die Situation folgendermaßen:

„Der Kampf ist formell zugunsten der tschechischen Separatisten unjenseitig ausgefallen, als sie erklären können, daß sich die Zahl ihrer Vereine vermehren konnte. Eine Vergrößerung der Vereine um einige Tausende von Mitgliedern, die nicht neu gewonnen, sondern aus den Zentralorganisationen herausgerissen wurden, ist zwar erreicht, aber weiche Folgen diese Zerrümmerungsaktion für die tschechische Partei und Gewerkschaftsorganisation nach sich zog, scheint den führenden Faktoren in Prag noch lange nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Wenn die Separatisten einmal ihr „hegreiches Schlagfeld“ überblicken werden, so werden sie zu ihrem Schrecken wahrnehmen, daß innerhalb der letzten zwei Jahre mehr als 20 000 tschechische Arbeiter auf der Wahlstat liegen geblieben sind. Die nationale Brandfackel in den Händen der tschechischen Separatisten hat ihre verheerende Wirkung unter der tschechischen Arbeitererschaft voll ausgeübt. Die verantwortlichen Faktoren der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der tschechischen Sozialdemokratie können auf ihre Arbeit stolz sein, sie haben wahrlich „gründliche“ Arbeit beigesteuert auf dem Altar der „nationalpolitischen Notwendigkeiten“ die festgefugte Organisation des tschechischen Proletariats in den Zentralorganisationen geopfert und einen verhängnisvollen Wurf gewagt, der die wirtschaftlichen Interessen des tschechischen Proletariats im Innersten treffen mußte.“

Die österreichischen Zentralverbände haben im Jahre 1910 zusammen 26 000 Mitglieder verloren und nur 16 000 gewonnen, so daß sich nach dem dreifachen Berichte ein Verlust von etwa 10 000 Mitgliedern ergibt. Wenn man berücksichtigt, daß im Berichtsjahre eine Anzahl Zentralorganisationen gelassen wurden und eine Anzahl Mitglieder den neugegründeten tschechischen Organisationen beitrug, kann dieser Verlust nicht allzu überraschend sein. Gabe es keinen Zwiespalt im Lager der österreichischen Gewerkschaften, dann wäre kein Verlust, sondern ein Gewinn von 10 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Werden denn derartige Erfahrungen nicht endlich einmal beachtend auf die erhiteten Gemüter der tschechischen Separatisten einwirken? Wie lange wird es noch dauern, bis die Separatisten einsehen, daß ihre Taktik vor allem dem tschechischen Proletariat die schwersten Wunden schlägt?

Von den 52 Zentralverbänden haben immerhin 31 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. In den Gewerkschaften der Eisen- und Metallindustrie war das Entwicklungsbild im Berichtsjahre folgendes: Der Verband der Metallarbeiter scheint nunmehr die Krise der letzten Jahre überwunden zu haben. Es schließt das Jahr 1910 mit keinem Mitgliederverlust ab, sondern vermehrte im Gegenteil einige Hundert Mitglieder zu gewinnen. Diese Tatsache dürfen wir als ein erfreuliches Zeichen wieder beginnenden Aufschwunges buchen. Bezeichnend ist es aber, daß sich der Mitgliederzuwinn fast völlig auf das deutsche Gebiet: Österreichs beschränkt, während im tschechischen Gebiete Verluste zu verzeichnen sind. Es wurden gewonnen in Niederösterreich 1337, Salzburg 16, Tirol 151, Steiermark 92, Krain 73, Friaun 131, Deutsch-Böhmen 204, Schleifen 8, Galizien 103 und Bukowina 18 Mitglieder. Dagegen verlor der Verband in Oberösterreich 202, Kärnten 32, Tschechisch-Böhmen 336 und Tschechisch-Mähren 1267 Mitglieder. Während der Metallarbeiterverband im Jahre 1909 zusammen 50 858 Mitglieder zählte, hat er nun 51 134 Mitglieder. Die Finanzen des Verbandes haben sich im Jahre 1910 gegen 1909 wesentlich gebessert. Im letztgenannten Jahre war ein Defizit von 44 200 Kronen vorhanden, während die Rohbilanz für 1910 einen Ueberschuß von rund 20 000 Kronen ergibt. Sehr groß waren im Berichtsjahre die Ausgaben für Unterstützungen. Es erforderte die Arbeitslosenunterstützung 410 000 Kronen, Reisunterstützung 39 000, Umzugslosten 17 000, Unfallunterstützung 55 000, Krankengeldzuschuß 8000, Beerdigungskosten 13 000, Restschuß 14 000 Kronen. Den gesamten Einnahmen von 1 142 000 Kronen stehen Ausgaben von 1 121 000 Kronen gegenüber. Das Reinertrögen des Verbandes beträgt nunmehr 1 117 000 Kronen.

Der Zentralverband der Eisenarbeiter hat etwas weniger gut abgeschlossen als der Metallarbeiterverband. Sein Mitgliederstand ist um einige Hundert gesunken und beträgt nunmehr 8000. Auch in dieser Organisation beschränkt sich der Mitgliederverlust auf Böhmen und Mähren, während im Niederösterreich gut behauptete. Die Einnahmen der Gewerkschaft betragen im Jahre 1910 123 000, die Ausgaben 140 000 Kronen. Es ist ein Vereinsvermögen von 200 000 Kronen vorhanden.

Der Verband der Maschinen- und Setzer hat im Jahre 1910 einige Hundert Mitglieder gewonnen. Er erzielt noch einen finanziellen Ueberschuß, so daß im allgemeinen eine zufriedenstellende Entwicklung dieser Organisation zu verzeichnen ist.

Dasselbe kann man vom Verein der Juweliere, Gold- und Silberschmiede sagen. Dessen Mitgliederzahl stieg von 1909 auf 2158 und das Vereinsvermögen erhöhte sich auf 87 000 Kronen.

Im allgemeinen haben die österreichischen Metallarbeitergewerkschaften im Jahre 1910 den Tiefstand der Krise überwunden und — wenn auch langsam — die Bahn des Aufstieges wieder beschritten. Es ist zu hoffen, daß diese Entwicklung in den nächsten Jahren ein rascheres Tempo einschlagen wird. J. P.

**Ungarn.**

Die ungarischen Eisen- und Metallgießer hielten am 25. und 26. Dezember 1910 in Budapest zum erstenmal eine Landeskonferenz ab, worüber im Verbandsorgan sehr ausführlich berichtet wurde, so daß der Bericht erst in der Nr. 5 zum Abschluß kam. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die Lage der Eisen- und Metallgießerei. 2. Streit und Wohlstand. 3. Agitation und Arbeitsvermittlung. 4. Nord- oder Südsystem? Die Erörterung der Arbeitsverhältnisse ergab ein Bild, wie es nicht anders zu erwarten war: Liebelstände im Formergewerbe, wie sie allenthalben vorkommen, wo die Organisation noch schwach ist, vergrößert durch die in Ungarn herrschende Reaktion. Zur Förderung der Agitation sollen im Lande Organisationskomitee gegründet werden, die mit dem Landes-Organisationskomitee in Verbindung stehen. Auch sollen in verschiedenen Landesteilen Konferenzen abgehalten werden. Ferner soll die Errichtung eigener Arbeitsnachweise (die schon früher bestanden haben) aufs neue angestrebt werden. Zum Schluß wurde noch folgende Resolution angenommen:

„Die am 25. und 26. Dezember 1910 in Budapest tagende Landeskonferenz der Eisen- und Metallgießer beauftragt das hauptstädtliche Organisationskomitee, einen Tarifplan auszuarbeiten, auf Grund dessen die Fachkollegen über die Wichtigkeit des Lohnsystems aufzuklären sind, und im Interesse dieses Zieles eine Bewegung einzuleiten.“

Die Landeskonferenz hält das in Geltung befindliche Nord- oder Süd-System für nachteilig, weil die Wünsche und Nachteile dieses Systems ausschließlich die Arbeiter treffen. Dieser Umstand bewog die Gießer des Landes, dagegen Stellung zu nehmen und eine Bewegung im Interesse des Lohnsystems einzuleiten, um so mehr, da die ungarischen Gießer reich genug sind, um für anständige Löhne gute Arbeiten zu erzeugen.“

**Belgien.**

Der Belgische Metallarbeiter-Verband (Fédération Nationale des Metallurgistes Belges) hatte bei Beginn des vorigen Jahres 13 782 Mitglieder und am Ende 14 999.

**Normwegen.**

Der Norwegische Eisen- und Metallarbeiter-Verband (Norsk jern- og metalarbeiderforbund) hat sich im vorigen Jahre gut entwickelt. Am Anfang des Jahres hatte er 7360 Mitglieder und am Ende 9326. Auch in bezug der Regelung der Arbeitsverhältnisse hat der Verband Fortschritte gemacht, denn in der Januarnummer des Verbandsorgans werden 14 Betriebe aufgeführt, die nicht dem Unternehmerverbande angehören, aber doch das mit diesem abgeschlossene Uebereinkommen als auch für sie gültig anerkannt haben.

**Großbritannien.**

Verשמelzungsbestrebungen. In der Nachlese vom Internationalen Metallarbeiter-Kongreß (Metallarbeiter-Zeitung 1910, Nr. 48, Seite 379) erwähnten wir eine vom Vorstand des Formergewerbes (England, Irland und Wales) ausgemachte Mitteilung über Verשמelzungsbestrebungen zwischen 7 Formergewerkschaften und einer Kernmacherorganisation. Diese Bestrebungen haben zu einer Urabstimmung in der Frage kommenden Verbände geführt, wobei alle, mit Ausnahme der kleinen Kernmacherorganisation, sich für die Verשמelzung erklärten. Die Mehrheiten für die Verשמelzung in den einzelnen Verbänden schwanken zwischen 4:1 und 19:1; die Welsh Ironfounders (Wälischen Eisengießer) waren sogar einstimmig dafür. Bei dem Kernmacherverband stimmten 233 Mitglieder dafür und 149 dagegen. Zur Förderung der Ausführung dieser Beschlüsse sind die Vertreter der mit der Verשמelzung einberstandenen Gewerkschaften vom Sekretär der Allgemeinen Föderation der Gewerkschaften zum Sekretär der Verשמelzenden Konferenz eingeladen worden.

Desgleichen hat auch schon früher erwähnte, im Dezember 1910 zu Sheffield abgehaltene Konferenz von 13 kleinen Verbänden in den Gold- und Silberbranchen zu einer Verשמelzung geführt; ebenso eine Konferenz in der Silber- und Britanniametallwaren-Branchen, die um dieselbe Zeit in London stattfand.

**Amerika.**

San Francisco, 12. Januar 1911. Zurzeit freiten sich die Vertreter von San Francisco und New Orleans in Washington darum, die Weltausstellung im Jahre 1915 in ihrer Stadt abhalten zu dürfen. Sobald die Stadt erwählt ist — voraussichtlich wird es San Francisco sein — wird wieder ein Zustrom von Arbeitskräften hierher erfolgen, da alle Welt glaubt und die kapitalistischen Zeitungen es schreiben, daß es nun Arbeit in Hülle und Fülle gibt. Daß es aber hier mehr Arbeitslose gibt, als je durch die größte Ausstellung beschäftigt werden können, wird verdrängt. Auch von Deutschland wird ein großer Teil Arbeiter zuwandern in das Goldland Kalifornien. Hat doch Genosse Chagrin in seinen Berichten über Amerika die Stadt am goldenen Tor in den rosigsten Farben geschildert, wogegen er für die übrigen amerikanischen Städte nicht allzuviel übrig hatte. Manchem haben diese Artikel und die Hoffnung auf den hohen Lohn Lust gemacht, San Francisco kennen zu lernen. Bis jetzt sind aber die meisten Zugewanderten ziemlich enttäuscht. Es klingt ja ganz schön, wenn hier ein Maschinenbauer (Maschinenbauer) 3 1/2 \$ Lohn pro Tag erhält. Sofort wird das in Markt umgerechnet und es kommt ja ein ganz nettes Stümchen heraus. Nun muß man aber selbst hier sein, um auszubprobieren, wie schnell das Geld wieder vergeht. Es ist ja richtig, wenn ein Mann ständig Arbeit hat, nie krank wird und auch den vorgeschriebenen Lohn verdient, kann er sich schon etwas sparen, wenn er sparsam lebt. Wird er aber krank, so geht das mühsam zusammengeparte Geld nur so hinweg. Ein Besuch beim Arzt kostet 1,50 \$. Kommt der Arzt ins Haus: 2,50 \$, ein Nachtbesuch kostet gar 5 bis 10 \$. Es existieren zwar Logen und Vereine, die Krankenunterstützung zahlen. Eine der besten ist die Arbeiterkranken- und Sterbekasse, aber was sind 9 bis 10 \$ die Woche, wenn nach Arznei davon bezahlt werden muß? Ist eine Operation nötig, ist sie extra zu bezahlen. Für Familienmitglieder ist die Behandlung auch nicht mit einbezogen. Eine Woche im Hospital kostet 25 \$. Auf diese Art schwindet das Geld nur so hinweg, Schulden sind die Folge. Ständige Arbeit haben nur ganz wenige.

Die Krise, die 1908 so lebhaft einsetzte, soll nun vorüber sein, es laufen aber jetzt noch annähernd 50 Prozent der organisierten Maschinenbauer ohne Arbeit herum. Dabei wird dieses Jahr schon wieder auf die neue Krise, die jedesmal zur Präsidentenwahl künstlich gemacht wird, gerechnet. Eine Motorenfabrik, die in normalen Zeiten 200 Leute beschäftigt, hat zurzeit kaum noch 20 Arbeiter. So sieht es in vielen anderen Betrieben aus. Im Bauhandwerk ist es ganz dasselbe. Fast überall schlechter Geschäftsgang. Dabei treffen fast täglich Leute aus den östlichen Staaten und aus Europa hier ein, von denen aber viele, die noch etwas ihr eigen nennen, wieder fortgehen. Wohin das alles noch führen mag, ist nicht abzusehen. Wandernehmen kann es da niemand, wenn sich die Leute unter dem Tariflohn anbieten, wie sie dann auskommen, ist freilich ein Rätsel. Wer den ganzen Jammer und das Elend sehen will, braucht nur die Wasserfront entlang zu gehen.

Zurzeit streiken die Metallarbeiter in Los Angeles, Seattle und Portland um den Achtstundentag. Jedes Mitglied der Maschinenbau- (Maschinenbauer-)Union hat pro Woche 1 \$ Ertragsbeitrag zu zahlen.

um die Streikenden unterstützen zu können, da die Kassen der Unions ständig leer sind. In San Francisco ist ein Abkommen getroffen worden, daß wir bis 1. November 1911 den Achtstundentag haben und dann in neue Verhandlungen eingetreten wird, die möglicherweise einen Streik zur Folge haben. Für das eine Jahr, das uns bewilligt wurde, dürfen wir für drei Jahre keine Lohnerhöhung fordern. Was das bedeutet bei den täglich steigenden Preisen, kann sich wohl jeder denken. Außerdem heißt es noch Munitio sammeln für einen eventuellen Streik, da die fünf S. Streikunterstützung nicht weit reichen.

Daß die Unternehmer nicht gesonnen sind, den Achtstundentag so leicht zu bewilligen, beweist die Wache in Los Angeles. Um die dortigen Arbeiter in schlechten Ruf zu bringen und den Streik unmöglich zu machen, wurde behauptet, daß das Haus der Times, das durch eine Explosion zerstört ist, durch Unionleute in die Luft gesprengt worden sei. Sonderbarerweise war aber am selben Tage, an dem das Haus zerstört wurde, schon eine provisorische Druckerei für diese Zeitung vorhanden, von der aus nun die Schmähtartikel gegen die organisierte Arbeiterchaft geschleudert wurden. Das läßt sich nicht erklären. Vor einiger Zeit war auch eine Explosion in einer Gießerei. Da waren es natürlich auch die Arbeiter. Bomben wurden von den Detektiven fast täglich gefunden, nur heimlich, daß diese Bomben mit dem Losgehen gewartet haben, bis sie gefunden wurden.

Alles das sind Beweise, mit welchen Mitteln im „freien“ Amerika gegen die organisierte Arbeiterchaft gekämpft wird. Freies Amerika! Wie blutiger Hohn klingt dieses Wort. In Fresno, einer mittleren kalifornischen Stadt, liegt zurzeit 42 Mitglieder der Industrial Workers of the World im Gefängnis, weil sie glaubten, eine durch die Verfassung gewährte Redefreiheit sei nun auch Redefreiheit. Im Bewußtsein ihres Rechtes hielten sie Reden auf den Straßen während eines Streiks und wurden eingesperrt. Als sie sich wegen irgend eines Unfalls nicht ruhig verhielten, wurden ihre Zellen unter Wasser gesetzt. Nur durch einen Hungerstreik konnten sie eine Änderung in ihrer Behandlung herbeiführen. Also ist Freiheit hier ebensowenig wie in Deutschland. Wie bei euch schnell der Säbel gegen die Arbeiter gezogen wird, so hier der Gummistock und die Browningspistole. Wenn jemand Deutschland den Rücken kehrt, um der Polizeiwilktur aus dem Wege zu gehen, soll er nur hierher kommen, dann kommt er vom Regen unter die Traufe.

In Cleveland (Ohio) kündigte die Gas Ohio Gas Co. ihren tausend Arbeitern. Und warum? Es wurde ihr verweigert, den Preis des Gases zu erhöhen. Deshalb wurde eben das Fell der Angefallenen zu Markte getragen, um den Willen durchzusetzen. So sind die Arbeiter überall der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Um so etwas zu lernen, braucht man doch wahrlich nicht erst nach Amerika zu kommen, das hat man drüber im alten Stiefvaterlande billiger.

Außer all diesen fatalen Gemischnissen, mit denen wir so reichlich bedacht sind, haben wir auch noch als Lohnbrüder Chinesen, Japanesen und als die schlimmsten die Hindus. Wenn man sich einen Trupp indischer Kulis nicht: schmutzig und bedürftiglos im höchsten Grade, kann es einem angst und bange werden um die Zukunft der Arbeiterchaft an der Pazifikküste. Während in Deutschland die Arbeiter vom Lande zur Stadt gehen, möchte man hier bald das Gegenteil tun. Viele, die sich halbwegs etwas sparen konnten, kaufen Jamaika, um der unsicheren Erziehung der Industriefabrikanten den Rücken zu kehren. Den Profit hierbei machen natürlich wieder die großen Land- und Bahngesellschaften, die es an einer großartigen Klamme für ihr Land denn auch nicht fehlen lassen.

Wer sich eine hitlere Enttäuschung sparen will, soll ja bleiben, wo er ist. Da behält er wenigstens sein Geld und vermehrt hier nicht noch das so schon zahlreich Heer der Arbeitslosen. Schließt euch jetzt zusammen im Deutschen Metallarbeiter-Verband, der mehr wert ist als hier die beste Union, und ihr erregt euch eine bessere Lebenshaltung als hier. Die deutsche Arbeiterchaft schreitet vorwärts, die amerikanische steht still, wenn sie nicht gar rückwärts geht.

Kurt Ehrlich.

1. Klasse 16,60. Abgeordnetsteuer 12,20. Von Berufsgenossenschaften 447,97. Sonstige Einnahmen 63,57. Summa 30 586,05.

Ausgaben:

Nach Ableserhof 150. A. Affeln 150. Anrath 30. Aßberg 100. Altendorf 120. Bamberg 100. Barmbe 200. Bausen 50. Bahrenthal 150. Benrath 150. Bergedorf 200. Bergerhof 50. Bergshausen bei Kappel 50. Berlin II 400. Berlin III 800. Berlin VI 400. Berlin VII 1200. Bellingen 150. Beldorf 70. Biberich 50. Bill 300. Birkinghofen 100. Braunschweig 400. Bremen 261. Bruchsal 52,73. Bruchhausen 150. Bruchsal 50. Büdelsdorf 300. Busch-Deichthelm 200. Charlottenburg 300. Chemnitz 200. Kottbus 75. Dessau 200. Diemitz 100. Döbeln 100. Dresden-Piesitz 200. Dresden-Trachau 150. Dümpen 100. Eberswalde 200. Edingen 150. Ehrenfeld 300. Eibelfeld 70. Estringhausen 50. Eningen 100. Engberg 50. Eschweiler II 150. Fechenheim 150. Feuerbach 100. Flensburg 200. Flörsheim 138. Forst in Baden 200. Frantenthal 250. Frintrop 100. Fürth 300. Gassen-Sommerfeld 80. Geilenberg 100. Gerasmühl 80. Gießen 150. Gmünd (Schwäbisch) 200. Godesberg 100. Gotha 100. Gräfenhausen 50. Glettsch 138. Halberstadt 300. Halle a. d. S. 400. Gameln 100. Gannau 200. Gannover 400. Heddesheim 50. Heilberg 200. Heimbachweil 100. Herford 100. Hettstadt 150. Hofseld 300. Högberg 250. Höchst a. M. 150. Jena 50. Jelsch 100. Jierlohn 250. Kaitz 100. Kall 400. Kendenich 150. Kettwig 80. Kiel 200. Königsberg i. Pr. 749. Körtingsdorf 100. Konstantz 120. Kokenau 300. Kraus 100. Kupferdreh 80. Lamsheim 100. Laufach 120. Lehe 100. Leipzig-Süd 100. Lemsdorf 100. Pölar 100. Pletznitz 100. Linden 300. Lörrach 50. Lohr 138. Ludwigshafen 100. Lübenfeld 120. Mainach 100. Mainbernheim 100. Mannheimschneidersdorf 400. Marburg 100. Marktbergel 25. Meiderich I 300. Merfeld 100. Merfeld 100. Merz bei Frankenthal 200. Mühlhausen i. Thür. 350. Mümling-Grumbach 100. München 1500. Nardanz 100. Neue-Neustadt-Regensburg 100. Neukirchen 80. Nieder-Engelheim 60. Nürnberg 1000. Oberhausen I 150. Oberkirch 50. Obery 200. Oertterheim 100. Obergwehren 100. Oberan 100. Oftringen 150. Offenbach i. S. 200. Ostersheim 50. Oggersheim 100. Oos 50. Ogenitz 109,05. Osh 150. Regensdorf 200. Reindendorf 100. Reindendorf-Pl 100. Remscheid II 200. Reutlingen 100. Rheidt 150. Rieborf 500. Rilsdorf 200. Rindorf 100. Sachsendorf 200. Salite 60. Schlader a. Sieg 100. Siegen I 84. Stegen II 150. Steinhütte 200. Söllingen 100. Steinhilber 50. Thurn 100. Trübenreuth 150. Troisdorf 100. Unterloden 150. Unterlodenbach 50. Urbach 75. Urberach 100. Urdenbach 80. Weitzhöfchen 100. Wimgt 200. Würde 5. Wiesel 80. Walfersingen 100. Walsleben 100. Weiskhaus 100. Wiesel 50. Westerbüchen 100. Wildau 150. Wilhelmshub 100. Wolfenbüttel 75. Wolgast 50. Wöppingen 60. Zeitz 200. Zimborf 150. Zwickau 250. Zwickau 11,90. Krankefeld 1. Klasse 1242. Krankefeld 2. Klasse 454,18. Krankefeld 3. Kl. 91. Krankefeld 4. Klasse 11,40. Verdingungsgehd. 1. Klasse 198. Verdingungsgehd. 2. Klasse 111. Kur- und Verpflegungskosten 58. Verwaltungskosten: a) persönliche 3101,60; b) sächliche 820,23. Sonstige Ausgaben 67,50. Zusammen 35 876,59 M.

Bilanz:

Ausgaben	35 876,59 M.
Einnahmen	30 586,05 M.
Mehrausgaben	5 290,54 M.
Kassenbestand am 1. Jan. 1911	2 458 054,21 M.
Kassenbestand am 31. Jan. 1911	2 452 763,67 M.

Alle für die Krankenkasse sowie die für die Sterbekasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Krank- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29), Hamburg I, Welfenbinderhof 70, zu richten.

Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets auf dem Coupon der Anweisung anzugeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.

C. Dittmann, Hauptkassierer.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die soziale Revolution. Von dieser Schrift des Genossen Karl Kautsky ist jeder der erste Teil: Sozialreform und soziale Revolution in dritter durchgesehener Auflage erschienen. Zur Charakterisierung des belehrten Inhalts geben wir einige Kapitelüberschriften wieder: Der Begriff der sozialen Revolution — Evolution und Revolution — Die Revolutionen im Altertum und Mittelalter — Die soziale Revolution der kapitalistischen Periode — Die Wälderung der Klassenverhältnisse — Die Demokratie — Die Formen und Massen der sozialen Revolution. — Die Bereinigung kostet 40 S.

Die Arbeiter-Kautskalarbeiter-Genossenschaft verendet jedoch ein geschmackvoll ausgestattetes Büchlein, das einen Rückblick auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens wirft. Anlässlich der großen Ansperrung der Kautskalarbeiter im Jahre 1901 von 58 Kautskalarbeitern begründet, hatte sie in den ersten Jahren ihres Bestehens als reine Produktionsgenossenschaft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Erst infolge des wachsenden Interesses der Konsumgenossenschaften für die Fabrikate der Genossenschaft war es ihr möglich, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute ist. 70 Prozent ihres Gesamtumsatzes gehen an die Konsumvereine. Dadurch hat sich die finanzielle Grundlage der Genossenschaft wesentlich verbessert. Die der Sozialreform beigegebenen Bilder lassen einen Einblick in die Fabrikationsweise und -räume zu. Bereits im Jahre 1908 führte die Genossenschaft unter entsprechender Erhöhung der Löhne den achtstündigen Arbeitstag general durch. Die Genossenschaft zahlte um 25 bis 38 Prozent höhere Löhne als die am Orte am weitesten Privatindustrie. Alles in allem zeigt die Entwicklung des Betriebs, daß er sich unter Einwirkung der genossenschaftlichen Grundzüge zu einer Genossenschaft ausgebaut hat, auf die jeder Genossenschaftler mit Stolz blicken kann und wo auch für die Beschäftigten in sozialer Beziehung etwas geschehen ist. Wir können deshalb jedem Konsumverein bzw. „Kautskalarbeiter“ die Fabrikate der Kautskalarbeiter-Genossenschaft nur empfehlen.

Die Heilung der Syphilis durch Ehrlich's Gata 606 oder vielmehr, wie dieses vielbesprochene und erfolgreiche Mittel jetzt genannt wird, durch Salvarsan, behandelt der bekannte Berliner Arzt und Hochschullehrer Dr. Heinz Fiedel in seinem soeben unter obigen Titel erscheinenden Buch. Die Einwirkung Ehrlich's ist zweifellos eine so bedeutende und die von ihm bekannte Krankheit eine so weit verbreitete, daß eine von demselben jeder geschriebene sachliche und allgemein verständliche Darstellung des Themas wohl am Platze war. Dr. Fiedel's Buch ist jedoch im Medizinischen Verlag Schwesiger & Co. in Berlin NW. 87 zum Preis von 1,80 M. erschienen und als ein wichtiges Aufklärungsmittel für Gebildete wie für Kranke zu betrachten.

Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung. Von Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld, Berlin. Druck und Verlagsbuchhandlung G. L. Glöckle & Co., Berlin NW. 6. 64 Seiten. Preis 1,10 M. bei freier Zusendung. — Der Verfasser bezieht in seinem Buch auf die Frage, daß trotz der umfangreichen Literatur über die Tuberkulose keine der bisher erschienenen Schriften die Beziehungen der Schwindsucht zu den verschiedenen Gewerbetrieben ihrer Verhütung aufzudecken gelungen ist. Diese Lücke füllt die vorliegende, auf sorgfältige Beobachtung beruhende und auch sonst gut ausgestattete Broschüre aus. Da über das Wesen dieser Krankheit noch gar wenig in die Öffentlichkeit verbreitet worden ist, so empfehlen wir sie angelegentlich. Sie werden auf ihren Inhalt noch zurückkommen.

Die Weltgeschichte, wie sie sein soll. Von Otto Kühle. Zweite, ungewandte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 75 S. Preisveränderung 30 S. — Der Verfasser — ein junger Lehrer — zeigt in dieser Broschüre die

Vollschule, wie sie vom sozialdemokratischen Standpunkt zu verlangen ist, während derselbe in einer Broschüre: Die Volksschule, wie sie ist, die im gleichen Verlage erschienen ist und daselbst kostet, die Zustände unserer heutigen Volksschule schildert und zeigt, daß sie nur eine Anstalt ist zur Erziehung möglichst billiger und williger Arbeiterklassen für das Kapital. Beide Broschüren sind durch alle Buchhandlungen und Postreure zu beziehen.

Nachtrag.

• Linz (Oberösterreich). Auf der Schiffswerft sind alle Arbeiter in den Streik getreten. Die Firma sucht Arbeiter in Deutschland. Der Zugang wird dringend gewarnt.

Paris. Die Société Française, 52 Boulevard, Richard Lenoir in Paris sucht in Deutschland Ornamenten- und Baulempner. Diese Firma wird seit drei Wochen befreit und ist deswegen Zugang fernzuhalten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)

Samstag, 25. Februar:  
Lindau i. B. Engelbräu, 8 Uhr.  
Schwabach-Weiler, Zur Quelle, halbb.

Sonntag, 26. Februar:  
Stettin u. Umgeb. Gewerkschaftshaus,  
Bezirksversammlung, halb 3 Uhr.  
Koblenz, Süddeutsche Bierhalle, 3.

Montag, 27. Februar:  
Kattowick, Straube, Postenstr. 9 Uhr.

Mittwoch, 1. März:  
Dortmund-Dorf, Schillerstr. 17.  
Hersing-Gilde, Jabel 7 Uhr.  
Leipzig, Volkshaus, 8 1/2 Uhr. Bericht  
von d. Bezirkskonferenz u. Stellung-  
nahme zur Generalversammlung.  
St. Ludwig i. C. Göttingen, Wirt-  
schaftshaus in St. Ludwig, 8 Uhr.  
Wismar, Arbeiterheim, 8 Uhr.

Donnerstag, 2. März:  
Kieder a. S. Halb 9 Uhr.  
Stendal-Garbeligen, Holt, halb 9.  
Wallingen, Wasse, halb 9 Uhr.

Freitag, 3. März:  
Weimar, Volkshaus, 8 Uhr.

Samstag, 4. März:  
Barmen-Glerfeld (Knopfabriker),  
Gewerkschaftshaus, Barmen, 1/9.  
Bergedorf, Deutsches Haus, halb 9.  
Bensberg, Gewerkschaftshaus, 1/9.  
Tiefenfeld, Hohenzollern, halb 9 Uhr.  
Bonn a. Rh., Volkshaus, 9 Uhr.  
Chemnitz, (Klempner) Kulmbacher  
Bierhalle, halb 9 Uhr.  
Crefeld u. Umgeb. Neuen, 9 Uhr.  
Dellfeld, Wälsberg, 9 Uhr.  
Delmenhorst, Nordbruch, halb 9 Uhr.  
Dortmund-Derne, Böllhoff in  
Königsberg, Kaiserstraße, halb 9 Uhr.  
Eimshorn, S. Krause, halb 9 Uhr.  
Eustirchen, Hof, halb 9 Uhr.  
Finkenwalde, Naundorf, halb 9 Uhr.  
Gagen-Altenhagen, Zum Konsum-  
verein, halb 9 Uhr.  
Gagen-Gelsen, Simon, halb 9 Uhr.  
Gag-Kabel-Wele, Hoffmann, 1/9.  
Gahnau, Grüner Baum, halb 9 Uhr.  
Gehlsdorf (B. Bez.), Lange, halb 9.  
Hagdeburg (Elektromonteur),  
Bahnhofstraße 15, 8 Uhr.  
Hindenburg, Kolosseum, 7 Uhr.  
Hilshausen i. C. (Elektromonteur),  
Wilhelm Zell, 8 Uhr.  
H. Gladbach, Geyer, halb 9 Uhr.  
Kewitz a. Rh., Wiedischer Hof, 1/9.  
Königsbr., Quatendruck, Sander, 8.  
Eisen (Schloß u. Dreher) Franke, 1/9.  
Stendal, Bernede, halb 9 Uhr.  
Sagen (Elektromont.), Volkshaus, 9.  
Wolgast (Pom.), Schulz, halb 9 Uhr.

Sonntag, 5. März:  
Bensberg-Gönnern, Bürgergarten, 4.  
Breslau, (Kohleleger und Gestein),  
Siehe Volkswacht, 1/11 Uhr.  
Crefeld (Zinngießer u. verw. Berufe),  
Kraus, Bertramstraße, 11 Uhr.  
Dortmund, Gewerkschaftshaus, 1/10.  
Dortmund (Malzer und Ofenleute),  
Lauerfeld, Auf dem Berge, 3 Uhr.  
Düsseldorf, Buppenthaler Hof, 11.  
Duisburg, (Zerlegungsmont. u. Helfer),  
Montenbrück, Neudorfstr. 11 Uhr.  
Eimshorn, (Zerlegungsmont.) Zivali, 10.  
Gannover (Elektromont.) Gewerksch., 10.  
Hersing (Zerlegungsmont.) Jabel, 1/11.  
Hilshausen i. C. (Elektromonteur und  
Mechaniker), Volkshaus, 11 Uhr.  
H. Gladbach-Dillen, Rientens, 10.  
H. Gladbach-Raldentischen, Hotel  
Hütgens in Venlo, halb 3 Uhr.  
Hünneberg, (Zerlegungsmonteur),  
Sewantisch, Holbeckerstraße, 11 Uhr.  
Oberbiberich, Kewitz, Strauß, 21 Uhr.  
Osnabrück (Dreher), Müller, 10 Uhr.  
Siegen, Franke, halb 11 Uhr.  
Euseb, Witzhagen, Grumbweg, 10 Uhr.  
Zimmern a. S. 3 Uhr.  
Zotzenau, Gewerkschaftshaus, 3 Uhr.  
Wedderleben, 3 Uhr.

Montag, 6. März:  
Barmen-Glerfeld, (Klempner und  
Sattler) Volkshaus, Glerfeld, 1/9.

Dienstag, 7. März:

Barmen-Glerfeld, (Klempner u. Sattler),  
Gewerkschaftshaus, Barmen, halb 9.  
Köln a. Rh., (Klempner u. Sattler),  
Gewerkschaftshaus, Severinsstr. 9 Uhr.

Mittwoch, 8. März:  
Crefeld u. Umgeb. (Klempner),  
W. Mungers, Breitestr. 25, 1/8 Uhr.  
Königsberg i. Pr., Wälsberg, 24 b, 8.

Samstag, 11. März:  
Düsseldorf, Schrader, halb 9 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. Reifegehd. wird nur morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-5 Uhr, Aufstufungsunterstützung nur von 9-12 Uhr morgens ausbezahlt.

Berlin. (Drahtarbeiter) Umgehauen verboten. Arbeitsnachweis im Verbandsbureau, Charitéstraße 3.

Dortmund (Vertrauensmännern) Donnerstag, 2. März, bei Laufenstr. Auf dem Berge.

Chemnitz. Alle Sendungen sind an den Bevollmächtigten Julius Wittenberg, Geyersgasse 1, zu richten. Der Kassierer Anton Feldmann wohnt Schützenstr. 23. Sprechstunden bei beiden 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sozialgehd. nur von 7 bis 8 Uhr abends b. Bevollmächtigten.

Gagen i. B. Die hiesige Verwaltung stellt sich zum baldigen Antritt eines weiteren Beamten für Bureau und Agitation. Kollegen, die 5 Jahre dem Verband angehören und rednerisch begabt sind, ersuchen wir, ihre selbstgeschriebene Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis Sonntag den 26. Februar an Josef Ernst, Kölnstr. 3a, einzuliefern.

Kattowick. Reifeunterstützung beim Kollegen Stefan Zimet, Geyersstraße 9, part. 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Köln. Reifegehd. in der Geyersstraße zur Palme. Die Sozialunterstützung ist aufgehoben worden.

Leipzig. (Formen). Umgehauen verboten. Sozialgehd. und Arbeitsnachweis im Verbandsbureau, Georgstr. 1, 1.

Suhl. Zella, St. Stefan u. Rehlitz. (Feilenhauer) Umgehauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich in Suhl, an Dombergsstraße, Gohausstr. 47. Dasselbst wird das Stellenvergehd. ausbezahlt.

Gehtorden.

- Chemnitz. Nikolaus Mayer, Metallarbeiter, 54 Jahre, Mittelreiterung.
- Friedrich Ludwig Steiner, Gobler, 21 Jahre, Lungen- und Gerleiden.
- Otto Richter, Stöber, 36 Jahre, Leber- und Nierenleiden.
- Witold Kurt Reinhard, Gobler, 22 Jahre, Lungenentzündung.
- Friedrich Wilhelm Schlegel, Rennmacher, 37 Jahre, Lungenentzündung.
- Karl Robert Schulz, Madelmacher, 37 Jahre, Lungenleiden.
- Bruno Sonntag, Feilenhauer, 48 Jahre, Lungenentzündung.
- Arthur Bruno Pannewitz, Schloffer, 24 Jahre, Lungenleiden.
- Paul Schön, Klempner, 26 Jahre, Gehirnhöhlen.
- Eutingen. Christ. Redinger, Ringarbeiter, Gerleiden (29).
- Garburg a. C. Friedr. Stutz, Gobler, 24 Jahre, Nierenleiden.
- Walsen. Johann Schmidt, Stöber, 36 Jahre, Magenleiden.
- Peter Thon, Schloffer, 42 Jahre, Gerleiden und Gehirnhöhlen.
- August Bräuner, Schloffer, 25 Jahre, Tuberkulose.

Privat-Anzeigen.

• Tüchtiger Monteur, der in Schenck- und Liege-Druckpressen Reparatur u. Montage bewandert ist, zum baldigen Eintritt nach größter Stadt Rheinlands gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen unter E. Z. 1570 an den Verlag d. Bl.

• Ein tüchtiger Formner wird für sofort gesucht. Salzwitzer Eisenwerke, Salzwitz i. C.

• Für sofort wird ein tüchtiger Glasformendrehler bei hohem Lohn und demerter Stellung gesucht. Reize wird vergütet. Glasformensabrik und Glaswerkerei Feilz, Seiler, Hildburghausen i. Thüringen.

• Ein Feilenhauererzucht für sofort dauernd gesucht. Karl Sieh, Feilen, Martfeld (Oberfrank.).

• Erschlaffte Diesel-Motorenfabrik Rheinlands sucht für dauernde Beschäftigung erfahrene, tüchtige Maschinenbauer, tüchtiger, für Maschine, geleitet. Feilenhauer bevorzugt. sofort in dauernde Stellung gesucht. C. Steuber & Sohn, Braunshausen.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B